Nummer 4 Hamburg, den 22. Januar 1927 40. Jahrgang

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, für Gipser, Putzer, Stukkateure, Asphalteure, Isolierer, Fliesenleger, Ofensetzer, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends
Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld)
Bestellungen nur durch die Post
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom
Deutschen Baugewerksbund
Hamburg 25, Wallstr. 1

Preis für Geschäftsanzeigen die zehngespaltene Millimeterzeile 1,25 ℳ. Bei größeren Abschlüssen Rabatt, der nur als Kassarabatt gilt.
Arbeitsmarkt die dreigespaltene Kleinzeile 3 ℳ,
Anzeigen der Baugewerkschaften Zeile 50 ₰.

Die deutsche Wirtschaft im Jahre 1926.

Man schaut am Jahresschluß gern zurück auf Geschehenes, um sich über die dadurch geschaffene Lage ein umfassendes Bild zu machen und Zukunftsschlüsse zu folgern. In diesem Aufsatz wollen wir uns mit der deutschen Wirtschaft im Jahre 1926 befassen. Und da fällt uns bei der Sichtung unseres Materials als erstes auf, daß der Verlauf der deutschen Wirtschaftskrise bisher voller Widersprüche ist und eine vollkommene einseitige Tendenz zeigt. Der Aufbau der deutschen Wirtschaft hat sich für die Unternehmer zufriedenstellend vollzogen, während auf der Arbeiterseite von einer Erleichterung der Krise recht wenig zu merken ist. Man beachte, um zunächst das erstere zu erklären, die bisherige Lage in der Weltwirtschaft. Der mörderische Weltkrieg hatte die wirtschaftlichen Zusammenhänge vieler Länder zerrissen. Deutschlands Wirtschaft war ein Teil der Weltwirtschaft, mit seinem wirtschaftlichen Sein eng mit andern Staaten verwachsen. Der Friede von Versailles zerriß vor allem europäische Völkerzusammenhänge, aufeinander angewiesene Völker wurden voneinander getrennt. Das Jahr 1926 hat nun viel dazu beigetragen, solche nationale Abgeschiedenheiten zu überwinden, die internationale Wirtschaftssolidarität neu zu beleben. Das störende Moment der minderwertigen Valuten ist mehr und mehr überwunden worden, die Folge war eine bessere Stabilität in den Handelsbeziehungen. Damit geht konform die Neubildung des Kapitalmarktes, der Wiederaufbau der heimischen Arbeitskraft. Man sieht im Export nicht mehr die allein seligmachende Kraft der Volkswirtschaft, man erinnert sich endlich auch der heimischen Märkte und ihrer Kaufkraft.

So betrachtet, kann man das Jahr 1926 ein Jahr internationaler Zusammenschlüsse nennen. Der Gedanke der internationalen Zusammenarbeit hat auch in der privatkapitalistischen Welt zahlreiche Anhänger gefunden. Davon hat auch Deutschland profitiert. Seine weltpolitische Stellung hat sich gebessert. Zum Ausdruck kam dies vor allem durch die internationalen Unternehmerzusammenschlüsse. Erinnert sei an den Abschluß des internationalen Stahlkartells und das deutsch-französische Kaliabkommen. Diese und andere internationale Wirtschaftsverträge zeigen grundsätzlich Neues. Der Privatkapitalismus will die wild emporschießenden Kräfte der kapitalistischen Entwicklung durch eine gewisse Planmäßigkeit bändigen. Was durch Staatsverträge nicht zu erreichen ist, wird jetzt von privater Seite aus durchzusetzen versucht. In diesem Rahmen arbeitet auch die Weltwirtschaftskonferenz. Sie will die tastenden Versuche überstaatlicher Zusammenarbeit zu einem großen Gesamtbilde vereinigen. Dies ist ohne die tätige Mitwirkung Deutschlands nicht möglich. Deutschlands internationale Stellung aber ist abhängig von der inneren Stärke der deutschen Wirtschaft.

Wie ist nun der Zustand der deutschen Wirtschaft zu Beginn des Jahres 1927? Zunächst sei bemerkt, daß Deutschlands Außenhandel zum ersten Male seit der Markstabilisierung wieder aktiv ist. Vom Januar bis November 1926 betrug der Ausfuhrüberschuß 125 Millionen Mark, die Ausfuhr selbst war um ein Achtel höher als in der gleichen Zeit im Vorjahre. Vor allem konnte die Ausfuhr von Fertigwaren das ganze Jahr hindurch auf einer bemerkenswerten Höhe gehalten werden.

Wie stand es nun demgegenüber mit der Entwicklung des Arbeitsmarktes? Wir haben darüber bereits im Leitaufsatz der Nummer 3 des „Grundstein" kurz berichtet. Es genügt, festzuhalten, daß Anfang Juli 1925 im Deutschen Reiche 195 000, dagegen Anfang Januar 1926 1 498 000 unterstützte Vollerwerbslose gezählt wurden. Diese Zahl schnellte Anfang März auf 2 055 000, senkte sich von da ab stetig bis auf 1 308 000 Anfang November, stieg dann wieder und betrug am 15. Dezember 1 464 000. Gegenüber im ersten Vierteljahr 1926 hat sich demnach — auch wenn wir eine starke Anzahl in der Erwerbslosenunterstützung Ausgesteuerter in Rechnung stellen — der Arbeitsmarkt in den späteren Monaten gebessert. Auch die Zahl der Kurzarbeiter hat sich bedeutend vermindert. Jedoch muß beachtet werden, daß die Zahl der Erwerbslosen mit den hier genannten Zahlen bei weitem nicht den vollen Grad der Arbeitslosigkeit aufzeigt. Wir können nur die Zahlen jener Erwerbslosen bringen, die Erwerbslosenunterstützung beziehen. Die Arbeitslosenstatistik der Gewerkschaften kommt der Wahrheit wesentlich näher; aber auch sie ergibt kein klares Bild, weil sie ja günstigenfalls nur die Erwerbslosenzahlen der Organisierten bringen kann. Am besten dürfte die Zahl der Erwerbslosen erfaßt werden können, wenn man den Andrang der Arbeitsuchenden bei den Arbeitsnachweisen in Betracht zieht. Die Gesamtzahl der auf den Arbeitsnachweisen Eingetragenen beträgt gegenwärtig 1 900 000. Rechnet man dazu die Kurzarbeit, so kann man zur Zeit in Deutschland mit einem Leerlauf von 2½ Millionen Arbeitskräften rechnen. Rechnet man weiter auf jeden Erwerbslosen 1,2 Familienmitglieder, dann betrüge die Gesamtzahl der in Deutschland durch Erwerbslosigkeit Heimgesuchten rund 5 Millionen. Setzen wir das tägliche Existenzminimum jeder unter der Erwerbslosigkeit leidenden Person auf 1,25 ℳ, so sind täglich 6 000 000 ℳ erforderlich, um die Opfer der Erwerbslosigkeit durchzuhalten. Das ist ein geradezu haarsträubender Zustand! Nie wird man von einem wirklichen Aufbau der Wirtschaft sprechen können, solange nicht diese gewaltige Zahl ganz bedeutend vermindert ist! Auch an dieser Stelle sei daran erinnert, daß der starke Grad der Erwerbslosigkeit zu einem erheblichen Teil auf die technische Verbesserung der Betriebe entfällt. Die Rationalisierung will mit möglichst geringem Aufwand an Arbeitskräften den größten Nutzeffekt in der Produktion erreichen. Diese technische Umstellung hat im Jahre 1926 wesentliche Fortschritte gemacht. Doch darüber reden wir noch ausführlicher. Untersuchen wir zunächst, in welcher Weise die Preisbewegung durch die Rationalisierung beeinflußt worden ist.

> **Der bloße Lohnstandpunkt ist überhaupt kein Klasseninteresse. Sein Ideal ist ein recht und schlechtes Einkommen in der bürgerlichen Welt. Wo nicht der Gedanke einer neuen Ordnung der Dinge den ganzen Menschen beherrscht, wo nicht ein Proletarier in all seinem Denken und Fühlen durchdrungen ist von dem Bewußtsein, der Kämpfer für eine neue Gesellschaft zu sein, da ist auch kein Atom revolutionären Klassenkampfes vorhanden, da lebt keine Spur sozialistischen Geistes in ihm.** Max Adler.

Jede frühere Krise wirkte sich in Preisherabsetzungen aus. Das Ueberangebot an Waren verminderte die Preise. Dies verursachte einen schnelleren Warenabsatz; schließlich kam ein Ausgleich in Angebot und Nachfrage zustande, die Warenläger leerten, die Aufträge mehrten sich; schließlich sog die sich bessernde Konjunktur wieder die freigewordenen Arbeitskräfte auf; die Krise verschwand. Man sollte nun meinen, daß diese Krise wenigstens die Ansätze zu einer gleichen Entwicklung zeigen müßte. Wir sehen das Gegenteil. Im Januar 1926 stand der Großhandelsindex des Statistischen Reichsamts nach der neuen Berechnung auf 135,8; er senkte sich langsam bis zum Juni auf 131,9. Von da an stieg er ununterbrochen; er betrug am 21. Dezember 137,2, war also am Jahresschluß höher als am Jahresbeginn. Ein ähnliches Bild zeigt der Lebensmittelindex. Er betrug im Januar 139,8, ging im März auf 138,3 und stieg von da an ununterbrochen (nur der September zeigte eine geringe Senkung) auf 143,6 im November. Wir sehen also entgegen allen früheren wirtschaftlichen Beobachtungen, daß weder die Krise noch die Rationalisierung eine Preisverminderung gebracht haben, es ist im Gegenteil eine Preisverteuerung eingetreten, also der Reallohn gesenkt worden. Die Verbesserung der Produktion hat sich demnach nur in Unternehmerprofit ausgewirkt. Die Rationalisierung schuf nur in geringem Umfange neue Konsumenten, sie erschlug sie in weit größerem Ausmaße, denn die durch sie bewirkte Arbeitslosigkeit minderte die Kaufkraft.

Der Schlüssel zu diesem veränderten Krisenverlauf liegt in der Hauptsache bei den Syndikaten und Kartellen. Sie verhindern die Erweiterung des Absatzmarktes durch billigere Preisgestaltung. Am besten zeigt dies die Gestaltung der Rohstoffpreise. So sind im Jahre 1926 trotz starker Rationalisierung im Bergbau die Kohlenpreise nicht gefallen, sondern um 1,6 % gestiegen. Auch die Eisenpreise sind nicht gesenkt worden, woran die Reichsregierung nicht unschuldig ist, weil sie unentwegt festhielt am alten System der Schutzzollpolitk. Betrachtet man in diesem Zusammenhange die Entwicklung der Lohn- und Gehaltsverhältnisse im verflossenen Jahre, so kann gesagt werden, daß sich die soziale Lage der Bevölkerung im verflossenen Jahre noch mehr verschlechtert hat.

Das Jahr 1926 war überhaupt ein Jahr der Vertrustung. Die Reste der alten Inflationskonzerne verschwanden, die kapitalistische Konzentrationstendenz lenkte auf die horizontale Zusammenschlußbewegung. Die Rationalisierung erzwang grundsätzlich neue Organisationsformen. Gewaltige Trusts, wie die J. G. Farbenindustrie und die Vereinigten Stahlwerke A.-G. entstanden. Diese beiden kontrollieren allein ein Achtel des gesamten deutschen Aktienkapitals. Auch auf den Gebieten der Baustofferzeugung und der Fertigindustrie wurden Großbetriebe von ungeheurer Kapital- und Produktionskraft geschaffen. Ueberall wurde die Rationalisierung damit begonnen, daß man Betriebe mit gleicher Produktionsart verband, um die Arbeitsteilung in größerem Rahmen durchzuführen und den Leerlauf in der Wirtschaft zu vermindern. Dies erzeugte selbstverständlich bessere Produktionsergebnisse. Viele Industriezweige erreichen heute mit weniger Arbeitskräften ein erhöhtes Produktionsergebnis. So betrug im Jahre 1926 die Steinkohlenproduktion in Deutschland ohne Saargebiet in den ersten 11 Monaten 131 587 640 t, während die ganze Jahresproduktion 1925 nur 121 361 827 t betrug. Sogar die Steinkohlenproduktion im Jahre 1913 wurde damit übertroffen. Die Braunkohlenproduktion blieb zwar um 200 000 t zurück, übertraf jedoch die Produktion im Jahre 1913 immer noch um 47 Millionen t. Dieses Ergebnis wurde mit wesentlich geringerer Belegschaft erzielt. Im Ruhrgebiet sind gegenwärtig gegenüber 1913

23 000 Mann weniger beschäftigt. Betrachten wir weiter die Roheisenproduktion. Diese war allein im November fast um die Hälfte höher als im Januar und Februar. Die Rohstahlproduktion hat sich gehoben von 790 000 t im Januar auf 1 250 000 t im November. Trotzdem sank die Zahl der Belegschaft beim Stahltrust von 76 653 am 1. April auf 74 534 am 1. November.

Auch andere Merkmale beweisen den wirtschaftlichen Aufstieg. Konkurse wurden im Januar 2092 gemeldet, im November 470. Unter Geschäftsaufsicht wurden im Januar 1553, im Februar 1573, im März 1481 Geschäfte gestellt, im November nur noch 117. Die Wechselproteste, im Januar 29 346, sanken auf 3953 im November. Also auch die Geschäftswelt kann mit dem Jahre 1926 zufrieden sein. Die Warenumsätze haben sich gleichfalls gesteigert. Die Wagengestellung der Reichsbahn war im Oktober und November um ein Drittel höher als in den ersten Monaten des Jahres. Die Umsätze des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zeigen gleichfalls eine ständig aufsteigende Linie. Auch die Steigerung der Umsatzsteuer zeigt den Geschäftsaufschwung. Im Monatsdurchschnitt wurden geleistet an Umsatzsteuer im ersten Vierteljahr 66,22, im zweiten 66,43, in dritten 68,35, im Oktober und November je Monat 75,8 Millionen Mark. Die Kapitalneubildung konnte ebenfalls gute Fortschritte machen. Die Bankeinlagen stiegen von 8909 Millionen Mark im Februar auf 10 432 Millionen im Oktober, die Sparkasseneinlagen von 1798 Millionen Mark im Januar auf 2832 Millionen im Oktober. Große Summen wurden auch in Neugründungen und Kapitalserhöhungen festgelegt. Am besten entwickelte sich aber die Börse. Der Durchschnittskurs aller an der Berliner Börse gehandelten Aktien betrug im November 1925 72,8, er stieg von da an ständig und stand am 22. Dezember 1926 auf 162,4. Die Bergwerks- und Hüttenaktien stiegen im gleichen Zeitraum von 60,4 auf 150,2, die der Chemischen Industrie von 98,6 auf 270,0. Die Durchschnittskurse haben sich also mehr als verdoppelt, stellenweise vervierfacht. Die Besitzer solcher Papiere haben demnach ihr Vermögen in der gleichen Weise vervielfacht. Der kolossale Aufschwung der Börse ergibt sich auch aus der Börsenumsatzsteuer. Im Januar betrug sie 2,13, im November dagegen 10,28 Millionen Mark. Das sagt mehr, als weitere Worte vermögen.

Das Wirtschaftsjahr 1926 war demnach für die deutsche Privatwirtschaft geradezu glänzend. Wie war demgegenüber die Lage der Arbeiterbevölkerung? Wenn sich an den Schaltern der Arbeitsnachweise 2 Millionen Menschen drängen, dann ist es unmöglich, Lohnerhöhungen in größerem Ausmaß zu erzielen. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts stellten sich die Durchschnitts-Tariflöhne für gelernte Arbeiter im Januar auf 94,1 ₰, im November auf 94,8 ₰ je Stunde. Der Durchschnittswochenlohn für gelernte Arbeiter war im Januar 45,98, im November 46,31 ℳ. Ungelernte Arbeiter hatten im Januar 65,8 ₰, im November 66,4 ₰ Durchschnittsstundenlohn, im Januar 33,92, im November 34,27 ℳ Durchschnittswochenlohn. Demnach konnten die Löhne im Durchschnitt etwas erhöht werden. Auf das Baugewerbe trifft dies nicht zu; hier war man eifrig und mit teilweisem Erfolg bemüht, die „übersetzten" Bauarbeiterlöhne zu senken. Immerhin kann gesagt werden, daß es die Gewerkschaften verstanden haben, trotz beispielloser Arbeitskrise die Löhne der Arbeiter und Angestellten zu halten, ja, allgemein betrachtet, um ein Geringes zu verbessern. Dies beweist, daß die Kraft der organisierten Massen selbst in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit nicht gering ist. Das Erreichte kann uns aber nicht befriedigen. Wir stellen fest, daß die Früchte der Rationalisierung allein den besitzenden Klassen zugute gekommen sind. Dafür hatten die Lohn- und Gehaltsempfänger das „Vergnügen", die Opfer der Krise und Rationalisierung zu unterstützen. Dort maßlose Gewinne, hier Arbeitslosigkeit, Elend und unzulängliche Löhne! Dazu das beharrliche Streben der wirtschaftlichen Scharfmacher, die tägliche Arbeitszeit ins Unendliche zu verlängern. In einem Jahresrückblick sagte die „Frankfurter Zeitung": „Es ist nicht zum ersten Male in der Geschichte der kapitalistischen Wirtschaft, daß sich heute die Frage aufdrängt: Soll der Nutzen (der Rationalisierung) einseitig den Unternehmungen zufließen, in denen der Produktionsfortschritt verwirklicht wurde, und soll der Schaden ausschließlich von der Gesamtheit getragen werden? . . . Ohne Prophetengabe läßt sich sagen, daß es über kurz oder lang zu schweren sozialen Spannungen kommen müßte, wenn die Verteilung des Sozialprodukts unter dem Druck der Arbeitslosigkeit und hinter dem Wall der Schutzzölle weiter so unbefriedigt gelöst bliebe wie bisher."

Die „Frankfurter Zeitung" ist ein bürgerliches Blatt. Sie sagt das, was wir schon wiederholt im „Grundstein" gesagt haben. Jawohl, so kann, so darf das nicht weitergehen! Mögen die Ewigblinden unter den Besitzenden dieser Meinung sein und mögen sie in ihrer Verranntheit nicht merken, daß sie den Tanz um das goldene Kalb auf einem Vulkan vollführen! Mögen sie den Teufel danach fragen, was aus der Arbeitskrise wird, nachdem die Wirtschaftskrise behoben ist! Die Vernunft sagt etwas anderes. Sie sagt, daß eine Wirtschaft trotz allen Dividendensegens und aller Kapitalprofite krank ist, wenn sie nicht zugleich vermag, das Arbeitslosenelend zu beheben und den Beschäftigten auskömmliche Löhne zu zahlen. Die Vernunft sagt, daß es zur Katastrophe kommen muß, wenn hier nicht ein Ausgleich geschaffen wird. Die Wege zu diesem Ausgleich haben wir wiederholt gezeigt. Sie bestehen in Arbeitszeitverkürzung und höheren Löhnen. Und da das bornierte Unternehmertum das nicht begreifen kann, weil eine solche Reform den heutigen Privatprofit schmälern könnte, müssen die Arbeiter und Angestellten, um der Vernunft zum Siege zu verhelfen, ihre Gewerkschaften so stark wie möglich machen, um durch die Organisationsmacht eine bessere Verteilung des Sozialprodukts durchzusetzen! Das Jahr 1926 hat mit aller Deutlichkeit die Notwendigkeit starker gewerkschaftlicher Organisationen erkennen lassen. Stärkt diese Organisationen, werbt für sie mit Herz und Sinn, auf daß Gerechtigkeit und Wirtschaftsvernunft einziehe und auch der Arbeiterschaft ihr Menschenrecht werde!

Wie beurteilt die Börse die Baukonjunktur?

Bekanntlich hat die Effektenbörse in Deutschland im vergangenen Jahre einen ungeheuren Aufschwung genommen. Eine solche Konjunktur wird an der deutschen Börse niemals wieder zu verzeichnen sein. Von den rund 875 an der Berliner Börse gehandelten Aktienpapieren wurden Anfang Januar 1926 90,2 Prozent unter pari gehandelt. Ende Dezember 1926 wurden 45,6 Prozent unter und 54,4 Prozent über pari gehandelt. Ende des verflossenen Jahres hatten sogar 25 Prozent der Aktienpapiere einen Kurs von über 200 Prozent. Das ist eine Entwicklung, wie sie noch niemals an der Börse zu beobachten war. Die Aktienbesitzer konnten im abgelaufenen Jahre im Durchschnitt ihr Vermögen um 180 Prozent vermehren, ohne irgendwie einen Finger krumm zu machen.

Neben den Aktien der chemischen Industrie, der Banken und der Brauereien waren es hauptsächlich die der Baugesellschaften und der Baustoff liefernden Werke, die über eine große Steigerung berichten können. Die Baugesellschaften dürfte dabei an der Spitze marschieren, betrug doch die Steigerung ihrer Aktien im vorigen Jahre in den meisten Fällen mehr als 300 Prozent. Einige Aktienpapiere, wie die der Industriebau-A.-G., Holzmann u. a., vermochten sogar eine Steigerung von 400 Prozent durchzumachen. Wir bringen nachstehend eine Zusammenstellung, die die Kursentwicklung verschiedener Baugesellschaften und daneben einiger Baustoff liefernden Firmen zeigt:

Gesellschaften	Kurs am 2. Jan. 26	Kurs am 31. Dez. 26
A.-G. für Bauausführungen	21	99
Julius Berger	102	278
Beton- und Monierbau A.-G.	32	132
Dyckerhoff & Widmann	23	90
Grün & Bilfinger	—	163
Held & Franke	28	92
Philipp Holzmann	39	174
Industriebau A.-G.	20	108
Wayß & Freitag	—	158
Allgem. Häuserbau	24	96
Emil Heinicke	—	115
Dresdener Baugesellschaft	37	101
Wittkopp Tiefbau	59	148
Habermann & Guckes-Liebold	—	112
Schlesische Portland-Zementfabrik	72	174
Stettiner Portland-Zement	—	152
Vereinigte Berliner Mörtelwerke	38	125
Vereinigte Portland-Zementfabriken	92	200
Vorwohler Portland-Zementfabriken	69	177
Wicking Portland-Zementfabriken	59	174
Alsen Portland-Zement	119	246
Germania Portland-Zement	72	199
Breitenburger Portland-Zementfabrik	60	164
Hemmoor Zementfabriken	125	231

Der Kaminbauer.

Unser Kollege Franz K . . . . . war Kaminbauer. Wie er dazu kam? Als junger Maurer hatte er in einem Baugeschäft Arbeit bekommen. Dieses Baugeschäft baute auch Fabrikschornsteine. Franz wurde dazu ausersehen, einem älteren Kaminbauer zu helfen. Bei dem ersten Kamin ging es noch nicht so. Franz mußte lernen und erst Erfahrungen sammeln. Das besserte sich aber bald; er nahm jede Lehre an. Was er sich mit den Augen aneignete, konnte er bald nutzbringend anwenden. Allerdings, in einer gewissen Höhe, die jeder Kaminbauer kennt, war ihm wohl etwas sonderbar zumute geworden, er setzte sich aber durch; denn er hatte den Willen dazu. Schon hatte er mehrere Kamine mitgemacht und sich sehr gut eingearbeitet.

Diese Montagearbeit hat für manchen Arbeiter trotz der vielen Unbequemlichkeiten eigenartige Reize, die sogar zur Abenteuerlust werden können. Nach allen Himmelsrichtungen oder ins Ausland zu kommen, regt den jungen Menschen an. Und hoch oben, in freier, frischer Luft, über Häusermeere, grüne Wälder und weite Felder hinblicken zu können, ist zweifellos interessant. Das ist aber auch alles; denn dann kommt die Arbeit. Zudem legt sich das Romantische im zunehmenden Alter. Für schwärmerische Naturbeobachter ist auf einem Kamin wenig Platz; dort herrscht die rauhe Wirklichkeit.

So vergingen die Jahre. Franz hatte schon manchen Kamin errichtet, Reparaturen ausgeführt, Blitzableiter angebracht, die durch Abkühlung krumm gewordenen Kamine wieder gerade gerichtet, Bänder angelegt; alles lebensgefährliche Arbeiten, deren Bezahlung zu der Arbeit in keinem Verhältnis steht. Der Unternehmer, der zu Hause gemächlich im Bureau sitzt, kaltschnäuzig den Profit errechnet, und austüftelt, wie er den Lohn drücken und die Auslösungsgelder beschneiden könne, Briefe zur Baustelle sendet und zur schnelleren Arbeit antreibt, huldigt dem Grundsatz: „Begieb dich nicht in Gefahr, dann kommst du auch nicht drin um!"

Auch unser Franz hatte sehr oft Meinungsverschiedenheiten mit dem Unternehmer wegen der Bezahlung, doch er wußte sich durchzusetzen. Franz hatte auch ein liebes Weib und zwei muntere Jungen daheim. Doch dieses glückliche Familienleben konnte er immer nur für kurze Zeit genießen. Oft war er wochenlang fern von seinen Lieben, um in der Fremde das Brot zu verdienen. Auch heute mußte Franz für einige Wochen Abschied nehmen, um in der Ferne einen Kamin zu bauen.

Morgens in der Frühe mit dem ersten Zug ging es los. Ein sanftes Streicheln seiner noch schlafenden Knaben, den letzten Kuß dem lieben Weibe, und dann ging Franz froh und munter hinaus ins Weite.

Seine Frau mag oft in Sorgen und banger Ahnung, auch in stiller Hoffnung an ihren Franz gedacht haben, der dann irgendwo, hoch in der Luft, in steter Lebensgefahr schwebte.

Franz hatte gut gearbeitet. Vierzig Meter hatte er schon aufgetürmt, zwanzig Meter sollten noch kommen. Es war ein rauher, stürmischer Herbsttag. In der Nacht hatte es geregnet. Es war nebelig und kalt. Franz stieg im Schornstein hinauf. Zum letztenmal. Hoch oben hörte man einen Schrei, tief unten einen dumpfen Aufprall. Franz war abgestürzt, lag unten am Boden. Nur noch ein kurzes Stöhnen, dann war er tot. Ein Kämpfer auf dem Schlachtfelde der Arbeit war gefallen.

Seine Mitkämpferin konnte sich die letzte Löhnung aus dem Bureau des Unternehmers abholen . . .

W. Stamm, Buer.

„Anscheeten werret Ji doch!"

Die Verwaltung einer kleinen Stadt hatte den Bau einer Schule beschlossen. Die Arbeit war im Amtsblatt ausgeschrieben, die Offerten waren an die Maurermeister der Stadt verteilt. Nur den alten Maurermeister Klüngelmeier hatte man übersehen und ihm keine Offerte zugestellt. Das kränkte den alten Klüngelmeier sehr. Er ging zum Bürgermeister und beschwerte sich über die Nichtachtung seiner Person. Begründend führte er an: „Herr Börgermester, dee Saake is doch so: Ob ick Ju anschiete oder dee annern schiet Ju an, dat is doch putegal. Anscheeten werret Ji doch!"

Der hochwohlweisen Stadtverwaltung leuchtete das merkwürdigerweise ein. Sie war so vernünftig — Stadtverwaltungen sind immer vernünftig — und übertrug in weiser Erkenntnis den Bau der Schule dem Maurermeister Klüngelmeier.

St.

Kadavergehorsam.

Auf meiner Wanderschaft kam ich auch in das Dorf Brakwede bei Bielefeld und erhielt dort Arbeit. Es wurde auf dem dortigen Kalkwerk ein neuer Kalkofen gebaut. Bei einem alten Kalkbrenner erhielt ich Logie. Das war ein ganz sonderbarer Kauz. So ein alter, vollkommen eingefleischter und fanatischer Kriegervereinler. Er hatte bei den Kürassieren gedient und den Krieg 1870 mitgemacht. Das sollte aber auch jeder wissen. Keine Gelegenheit ließ er vorbeigehen, um nicht von den blanken Knöppen und vom Krieg 1870 zu sprechen. Er war immer noch Soldat, obwohl er schon über 60 Jahre alt war. Alle Abendstunden wurden mit diesem Thema ausgefüllt.

Natürlich kamen wir dabei auch über die Politik. Dabei hielt ich dem Alten dann immer das Widerspiel. Das war dann oft eine Diskutiererei zum Ergötzen. Als ich mir dann aber eine sozialdemokratische Zeitung bestellte, da war der Alte ganz außer sich. Wie ich mich denn unterstehen könne, in sein Haus eine „rote Zeitung" kommen zu lassen und gar zu lesen. Die wollten ja den Herrgott abschaffen und den Kaiser und das Militär. Das wäre gegen seinen militärischen Geist . . .

Der Alte hatte aber auch noch eine andere Eigenart. Wenn wir bei Tische saßen, es mochte beim Mittag- oder Abendessen sein, dann goß er sich immer Essig in sein Essen. Es mochte ein Gericht geben, was es nur sein mochte: der Alte tat Essig in sein Essen. Und eines mittags fragte er mich, ob ich denn nicht auch Essig ans Essen haben möchte. Ich sagte ihm, vom Sauren sei ich kein Liebhaber, ich hätte lieber etwas Süßes. Damit hatte ich ins Schwarze getroffen.

Der Alte sah mich groß an, machte sich dann militärisch grade, wischte sich den grauen Bart und hob an: „Dat will ick dee seggen: Du schienst mi ok son söten Leckermul tau sin. En olligen derben Kerl, de mött ümmer Essig int Eten daun, dat Söte is wat vor de Wieber. Min Major bi die Kürassieret in Mönster har befohlen, dat ümmer Essig ant Eten mösse, dat war gesond. Un dat war ok richtig. Un op minen aulen Dagen denk ick ümmer noch an mienen Major sienen Befehl taurück un geit mi Essig int Eten!"

W. St.

Die Aktionäre der vorstehend genannten Gesellschaften können, sofern sie schon am Jahresanfang im Besitz der Aktien waren, mit ihrem Gewinn zufrieden sein. Die Börse gilt aber in der kapitalistischen Wirtschaft als das Barometer der Wirtschaftslage. Wenn dies richtig ist, dann dürften wir im Baugewerbe vor einem starken Konjunkturaufschwung stehen. Neben einem guten Geschäftsgang erwartet man natürlich auch entsprechende Gewinne; denn wenn schon Aktien einen Kurs von mehr als 150 Prozent aufweisen, dann entspricht dies einer Dividendenhoffnung von mindestens 10 Prozent.

Unsere Kollegen sollten diese Kursentwicklung der Baugesellschaften mit Interesse verfolgen. Wenn das Baukapital bereits für das eben abgelaufene Geschäftsjahr einen guten Gewinn erwartet und auch von einem späteren guten Geschäftsgang und entsprechender Rentabilität des Geschäfts überzeugt ist, dann müssen die Arbeiter auch die Aussicht auf einen guten Verdienst haben. Wie steht es aber damit? Die Tarifvertragsverhandlungen der letzten Zeit zeigen, daß die Bauunternehmer recht zäh sind und nur notgedrungen bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne gewähren wollen. Eine starke Organisation und deren finanzielle Kräftigung ist danach für uns das Gebot der Stunde. Dies ist um so ehr notwendig, weil der gestärkten Kapitalmacht des Baugewerbes nur starke Arbeiterorganisationen zu imponieren vermögen!

Arbeitgeber, an die Front!

„Discite, moniti! (Lernet, ihr seid gewarnt!) Arbeitgeber, an die Front!" So schließt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung" ihren Leitartikel vom 6. Januar. Dieser Mahnruf des schwerindustriellen Blattes an die deutschen Unternehmer deutet auf eine brennende Situation hin, so daß wir die Gelegenheit benutzen wollen, die Arbeiter- und Angestelltenschaft auf die drohenden Gefahren aufmerksam zu machen, die bereits aus der Ueberschrift des betreffenden Artikels der „Deutschen Bergwerks-Zeitung" hervorgehen: „Der Kampf um die Krankenversicherung. Ein Mahnruf an die deutschen Arbeitgeber!"

Der Kampfartikel der „Deutschen Bergwerks-Zeitung" stützt sich auf eine Rede des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns auf der Tagung des Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumspartei. Dieser soll dort erklärt haben: „Wir sind auch daran, der Sozialversicherung heute eine neue Verfassung zu geben. Auf diesem Gebiete ist ganz besonders das neue Knappschaftsgesetz richtunggebend gewesen, wo ja das Uebel seit Menschengedenken darin bestand, daß sich die Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit gleichen Rechten gegenüberstanden, und damit der Zwist zwischen beiden verewigt war. Ich glaube, daß wir dazu kommen, daß die Ausgaben für die Sozialversicherung in eine gewisse Relation zum Lohn gesetzt werden, und im übrigen die ganze Sozialversicherung der Selbstverwaltung der beteiligten Arbeiter überantwortet werden kann, selbstverständlich unter behördlicher Kontrolle."

Das Organ der Ruhrindustrie wettert nun gegen die angeblich geplante Zurücksetzung der Unternehmer in der Sozialversicherung mit der ihm eigenen Rabulistik. Die Unternehmer würden in der Sozialversicherung vollständig ausgeschaltet, der Macht der Gewerkschaften würde Tür und Tor geöffnet. Es wird daran erinnert, daß die Gewerkschaften vom Amts wegen eine Monopolstellung eingeräumt bekämen, die ihnen nicht zustände, da sie nur ein Drittel der vorhandenen Arbeiterschaft darstellten. Und da überdies die Gefahr bestände, daß die Sozialversicherung im Rahmen des Internationalen Arbeitsamts internationalisiert wird, so erheische es gebieterisch, daß das deutsche Unternehmertum eine klare Stellungnahme zu der gesamten Sozialversicherung einnehmen müsse. Eine solche Stellungnahme vertrage auch deshalb keinen Aufschub, weil die Wahlen zu den Organen der Krankenversicherung (Ausschuß und Vorstand) bevorstehen. Nachdem das schwerindustrielle Blatt den Unternehmern mit Schlagworten genügend eingeheizt, wovon wir nur die Behauptung registrieren wollen, daß der Hauptverband Deutscher Krankenkassen neben den Gewerkschaften und den Konsumvereinen die Hauptstützen des Sozialismus in Deutschland darstellten, heißt es zum Schluß:

„Schon allein diese letzten Ueberlegungen sollten alle Arbeitgeber anspornen, ihr besonderes Interesse den kommenden Neuwahlen in der Krankenversicherung zuzuwenden und für eine wirksame Vertretung der Arbeitgeber in den Organen der Allgemeinen Ortskrankenkassen zu sorgen.... Es würde eine tiefe Tragik darin liegen, wenn die Führung in der Krankenversicherung, und damit auch in der Sozialversicherung, die ihre Vorbilder seinerzeit an den aus freier Initiative hervorgegangenen Einrichtungen deutscher Arbeitgeber genommen hat, nunmehr ausschließlich den Gewerkschaften überantwortet werden sollte. Man vergesse auch nicht, daß die regionale Einheitskasse als Unterbau der gesamten Sozialversicherung nur eine Vorstufe zu der allgemeinen Staatsbürgerversorgung, zum sozialistischen Fürsorgestaat bedeutet. Discite, moniti! Arbeitgeber an die Front!"

Nicht erst solche Brandartikel aus dem Lager der Schwerindustrie haben erkennen lassen, daß das ganze deutsche Unternehmertum zur Zeit mit allen Mitteln bestrebt ist, seinen Einfluß in den Organen der Sozialpolitik zu erweitern und die ganze sozialpolitische Entwicklung zu hemmen und zurückzudrängen. In den Organen der Sozialversicherung selbst wird seit langem ein hartnäckiger Kampf ausgefochten. Nunmehr soll er in der Oeffentlichkeit weitergeführt und möglichst für die Unternehmer zum Siege gebracht werden. Hierbei stützen sie sich auf ihren zweifellos vorhandenen wirtschaftlichen und politischen Einfluß.

Aeußerst lächerlich ist es, wenn ausgerechnet aus Unternehmerkreisen der Schwerindustrie gegen den angeblichen Monopolcharakter der Gewerkschaften gewettert wird. Gerade sie sind die geborenen Monopolisten, sie verfügen seit Jahrzehnten über glänzend aufgebaute Monopole der wichtigsten Grundstoffe der deutschen Industriewirtschaft. Diese Handvoll Menschen hat ihre Monopolherrschaft rücksichtslos gegen das gesamte Volk ausgenutzt. Nunmehr stellen sie sich mit heuchlerischem Augenaufschlag hin und warnen vor den „Monopolen der Gewerkschaften". Gern hätten sie ihre gelben Schützlinge in den Organen der Krankenkassen. Wüßten sie dann doch, daß sie mit diesen rückgratlosen Gesellen machen könnten, was sie wollten. Aber den Gefallen können wir den Herrschaften nicht erweisen. Der unorganisierte Schwamm, der neben der organisatorischen Macht der Arbeiterklasse kreucht und fleucht, kommt für eine Interessenvertretung nicht in Frage.

Die Krankenkassen bilden die Zielscheibe des machthungrigen Unternehmertums. Hier wollen sie den Hebel ansetzen, um die sozialpolitische Front der Arbeiterschaft einzudrücken oder gänzlich aufzurollen. Das wird ihnen nicht gelingen. Aber es könnte doch sein, daß durch eine heftige Agitation in der Oeffentlichkeit mancher geplante Fortschritt verhindert und die hoffnungsvollen Ansätze einer modernen Staatspolitik unausgeführt bleiben würden. Deshalb muß an die deutschen Arbeiter und Angestellten der dringende Ruf gerichtet werden, sich ihrer Pflichten als Mitglieder der Krankenkassen zu entsinnen! Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung" schreibt, daß die Unternehmer alle Mittel anwenden sollten, um zu einer wirksamen Vertretung in den Organen der Allgemeinen Ortskrankenkassen zu gelangen. Nicht umsonst sprechen sie hier von den Allgemeinen Ortskrankenkassen, weil diese ihnen besonders ein Greuel sind und sich dort der Einfluß der Arbeiterschaft befestigen konnte. Am liebsten wäre es ihnen, die ganze Krankenversicherung könnte in Gestalt von Innungs- und Betriebskrankenkassen organisiert werden. Dann würde ihnen um die Zukunft nicht bange sein ...

Wir rufen der Masse der Kopf- und Handarbeiterschaft dieselben Worte zu, die die „Deutsche Bergwerks-Zeitung" an die Adresse der Unternehmer richtete: Discite, moniti! (Lernet, ihr seid gewarnt!) Denn wir glauben, die Arbeiterschaft hat die Warnung weit nötiger, als die Unternehmer, und weit mehr als dort ist hier gerade in solchen Dingen Lauheit und oberflächliches Interesse vertreten! Deshalb stellt euern Mann bei den Wahlen der Krankenkassen und verteidigt die Sozialpolitik!

Unser Fachblatt „Das Bauwerk".

Das erste Heft unseres Fachblattes liegt vor. Die in der Nummer 52 des „Grundstein" ausgesprochene Hoffnung, es werde unsern Baugewerkschaftsvorständen noch in der Weihnachtswoche zugestellt werden können, blieb leider unerfüllt infolge nicht vorhergesehener technischer und anderer Hindernisse, die sich dem Neuen ja sehr häufig in den Weg stellen. Aber nachdem sie noch 14 Tage auf sich hat warten lassen, ist unsere neue Bundeszeitschrift inzwischen allen Baugewerkschaftsvorständen als Probenummer zugesandt worden, und zwar je nach Größe der Baugewerkschaft in einer Anzahl, die ausreicht, das Heft auch den Zahlstellen- und Fachgruppenleitungen zu überreichen und es in den Sitzungen und Zusammenkünften aller Art zur Ansicht auszulegen. Somit ist das Fachblatt schon vielen Mitgliedern zu Gesicht gekommen, deren wichtige Aufgabe es in erster Linie ist, für eine recht große Beziehergemeinde in dem engeren Kreise ihres Wirkens, in den Zahlstellen, Fachgruppen, beim Beitragseinkassieren, auf dem Arbeitsplatze, wo sich dazu Gelegenheit bietet, nach besten Kräften zu werben. Alle diese Kollegen haben das Blatt gesehen, haben es in Händen gehabt, haben es wohl auch gelesen und auf sich wirken lassen. Der eine oder der andere hat sich vielleicht schon ein Urteil darüber gebildet, wie weit der Versuch in unserm Baugewerksbund ein Fachblatt herauszugeben, auf den ersten Wurf gelungen ist.

Wie bietet sich nun das erste Heft unseres Fachblattes dar? Ueber den Namen, unter dem es den Weg zu seinen Lesern angetreten hat, braucht bei dieser Gelegenheit kaum viel gesagt zu werden. Schlicht und sachlich bezeichnet er das Tätigkeitsfeld, dem das Fachblatt gewidmet sein soll. Umfassend schließt er aber auch keinen Beruf aus, der irgendwie für den Bau, ob Hoch- oder Tiefbau, am Innen- oder Außenbau, mitarbeitet. Nimmt der Leser das Heft zur Hand, so wird zunächst die erste Umschlagseite seinen Blick auf sich ziehen. Sie ist gezeichnet von dem Graphiker Professor Paul Helms in Hamburg. Getragen von dem Deutschen Baugewerksbund, als dessen Beauftragter der Verlag durch den Namen des Firmenträgers, unseres Kollegen Paeplow, angedeutet ist, erhebt sich über dem, aus ausgesparktem Grund kräftig hervortretenden Fachblattnamen ein Hochhausmotiv, zu beiden Seiten flankiert von ragend aufwärts gerichteten Linien. Alles Bauen, selbst unter der Erdoberfläche, ist oder soll sein ein Streben zur Höhe, immer darauf gerichtet, das Wohl des Ganzen zu fördern. Das gilt beruflich, fachtechnisch, auch im übertragenen Sinne für unser ganzes gewerkschaftliches Wirken. Fest auf dem Boden des Gegebenen stehend, mit der ganzen, ihnen zu Gebote stehenden Kraft arbeiten die in ihrer Gewerkschaft solidarisch verbundenen Berufsangehörigen für ein besseres Dasein, wollen sie die Lebensverhältnisse auf eine möglichst hohe Stufe bringen. Dies stets bis zur Grenze des nur irgend Erreichbaren, unverrückbar auf das Ziel gerichtete Aufwärtsstreben kommt auf der Umschlagseite wuchtig und sinnvoll zum Ausdruck.

Sehr gut ist das Fachblatt innen ausgestattet. Das schöne, weiße Kunstdruckpapier eignet sich vorzüglich zu guten Bildbeigaben, die uns in den folgenden Heften gewiß noch zahlreicher beschert werden. Die nicht zu kleine Schrift kommt auf dem Papier prachtvoll heraus und ist deshalb gut zu lesen. Eine gefällige Zierde sind die Abschlußlinien am Fuße und am Kopfe der Seiten.

Und nun etwas über den Inhalt. An erster Stelle bringt „Das Bauwerk" die ihm von unserm Bundesvorsitzenden Kollegen Paeplow gewidmeten Geleitworte. Sie sind besonders beachtlich wegen der darin enthaltenen organisationsgeschichtlichen Hinweise auf die Vorgeschichte unseres Fachblattes. Dann steigt es, ohne weitere Vorrede, unmittelbar in seine Arbeit hinein. Zunächst berichtet ein Aufsatz über den Widerstreit der Meinungen, den der Bau von Stahlhäusern hervorgerufen hat. Diese Bauweise ist noch jung, über das Bewohnen derartiger Häuser liegen einheitliche Erfahrungen noch nicht vor. Dieser mehr theoretisch geführte Streit ist somit noch unentschieden. Mehr für die tägliche Praxis, namentlich im Zementbau, ist der von Professor Dr. Ing. Kleinlogel in Darmstadt beigesteuerte Aufsatz über praktische Baukontrolle des Betons zu bewerten. Die diesem Aufsatz eingestreuten Bilderbeigaben sind doppelt erfreulich. Einmal zeigen sie — wie auch die übrigen Abbildungen — wie sehr Bilder geeignet sind, dem Leser das Verstehen des abgehandelten Gegenstandes zu erleichtern, und dann sind sie ein Beweis für die gute Wiedergabemöglichkeit. Eingehend unterrichtet der Aufsatz über die mannigfachen Prüfungsverfahren für Zement- und Betonkörper. Werden sie gewissenhaft angewandt, so liegt darin ein Gewinn für die bauliche Sicherheit. Ein weiterer Aufsatz stammt von unserm Kollegen Hermann Otto, der aus seinen beruflichen Erfahrungen mit guter Sachkenntnis Grundsätzliches über Sprengarbeiten behandelt. Diesem Aufsatz sind leider keine Bilder beigegeben, doch tut dies der Mahnung, die bei Sprengarbeiten stets gebotene Vorsicht nicht außer acht zu lassen und die erforderlichen Schutzmaßnahmen anzuwenden, keinen Abbruch. Dann kommt die Heiztechnik, insbesondere die für Wohnräume, zum Wort, und zwar durch die berufene Feder des Museumsdirektors G. Gericke in Velten, unsern Freunden von der Töpfer- und Ofensetzerkunst als Kantor Gericke bekannt. Der Aufsatz ist dem Kachelofen auf Füßen gewidmet. Könnte doch jeder Proletarier sein Heim mit einem dieser herrlichen und dabei praktischen Oefen heizen, wovon der Aufsatz zwei schöne Abbildungen enthält! Der den Reigen in dem ersten Heft beschließende Aufsatz handelt vom Kalkbrennen. Dr. W. Schuckmann, Frankfurt a. M., unsern Mitgliedern durch seine geologisch-wissenschaftliche Mitarbeit am „Jungvolk vom Bau" schon bekannt, erläutert das beim Kalkbrennen gebräuchliche Verfahren. Die Bildbeigaben erweisen sich auch hier als ausgezeichnete Hilfsmittel, um die besprochenen Einrichtungen anschaulich zu machen. Eine kleine Buchanzeige über Kunstkeramik schließt unser erstes Bauwerksheft ab.

Ohne dem Urteil unserer Bundesmitglieder vorzugreifen, dürfen wir uns des vorliegenden Heftes als eines guten Anfanges erfreuen. Ihn auszubauen und zu verbessern, dazu können unsere vorwärtsstrebenden Mitglieder ein großes Stück beitragen, indem sie Leser und Mitarbeiter in ihren Reihen werben. Leser müssen alle Mitglieder sein, die in ihrem sachlichen Können und Wissen nicht zurückstehen wollen; Geselle oder Hilfsarbeiter, ganz gleich. Jedes Bundesmitglied ist als Mitarbeiter herzlich willkommen, das über seine Berufsarbeit etwas zu sagen weiß, woraus andere Belehrung schöpfen können. Die Werbefreudigkeit anzuregen, stellen wir an das Ende unserer Uebersicht den von unserm Kollegen Paeplow am Schlusse seines Geleitwortes ausgesprochenen Wunsch:

„Geh' denn hinaus, liebes „Bauwerk"! Bilde und forme die Mitglieder des Baugewerksbundes und alle, die es noch werden wollen und müssen, zu tüchtigen Bauleuten und damit zu braven Mitkämpfern in der Arbeiterbewegung! Mögen Die immer tüchtige Mitarbeiter und ein großer, wohlgeneigter Leserkreis Deine Aufgabe erleichtern!"

Ein soziales Drama.

In Kochel, in der bayerischen Ordnungszelle, sind Schüsse gefallen. Ein Kollege vom Bau, ein Verzweifelter, schoß den Bürgermeister Penzberger, der ihn immer wieder abwies, wenn er um Arbeit bat, nieder. Ein fleißiger Mann, in seinem ganzen Leben bestrebt, sich rechtschaffen durchzubringen, war der Verzweiflung anheimgefallen, hat in seinem 50. Lebensjahre den Revolver gegen das Leben eines Menschen erhoben und ist hierauf von einem Gendarm erschossen worden. Johann Eder war verfolgt vom Unternehmertum, von der Polizei, von den Behörden. Nirgends fand er Gehör oder Hilfe auf seiner Suche nach Arbeit. So brach er seelisch und körperlich zusammen. Viele Jahre war Eder am Walchenseewerk beschäftigt, ein ruhiger, charaktervoller Mensch, von seinen Kollegen geschätzt. Bei den Firmen, wo er in Arbeit stand, nahm er wiederholt eine Vertrauensstellung ein. Das Schicksal erhob sich gegen ihn, als er vor 1½ Jahren gegen die Firma Edwards & Hummel klagte. Die Firma wurde verurteilt. Es soll ihm damals mitgeteilt worden sein, daß er dafür die Folgen zu tragen habe. Und die Folgen kamen. Als einer der ersten wurde er durch die Gendarmerie aus der Wohnbaracke entfernt. Vor dem Amtsgericht Tölz wurde gegen ihn wegen jeder Kleinigkeit verhandelt. Der Bürgermeister Penzberger von Kochel, gegen den Eder den Revolver erhoben, machte seinerzeit Eder die größten Schwierigkeiten, als er von der Gemeinde Jachenau als erwerbsloser Arbeiter nach Kochel zog. Bei jeder Gelegenheit wurde Eder vom Bürgermeister ausgespielt. Wer kennt nicht das Los jener, die sonder Hoffnung und Erfolg auf die Suche nach Arbeit gehen und noch dazu zu den verfehmten „Hergelaufenen" zählen, die nicht der Gemeinde angehören! Unter solchen zermürbenden, täglich sich wiederholenden Grausamkeiten, die unsere Bureaukratie bewußt und unbewußt an dem einzelnen verübt, bricht das Opfer zusammen. In Kochel ist die unsoziale Einstellung des Bürgermeisters Penzberger gegen die Erwerbslosen schon lange die Ursache tiefgehender Erregung in der Arbeiterschaft. Sein Bestreben war, jeden Erwerbslosen abzuschieben. Eder, der jetzt seiner Verwundung erlegen ist, wurde am 2. Dezember jede weitere Unterstützung verweigert, weil er sie bereits 52 Wochen erhalten hatte. Nun begann die Verzweiflung. Weder der Pfarrer, an den er sich hilfesuchend gewendet hatte, noch auch das Bezirksamt Tölz konnten dem Unglücklichen Hoffnung machen. Wie mitgeteilt wird, soll er bei seinem Besuch im Bezirksamt durch einen jungen Schreiber in wegwerfender Art behandelt und ihm schließlich versichert worden

sein, die Sache werde schon geregelt. Er solle nur nach Hause fahren. Es geschah aber nichts. Einem Mitglied unseres Bundes teilte er am 9. Dezember mit, daß am 2. Dezember die 52 Wochen abgelaufen seien, er somit also ein vollständiges Jahr Unterstützung bezogen habe. „Ich wollte heute, Samstag, wie immer mein Geld holen, bekam aber keines auf der Kanzlei. Auch beim Herrn Pfarrer war es umsonst sowie auch beim Bürgermeister. Der Bürgermeister sagte, er könne mir nichts ausbezahlen, weil er noch nicht weiß, ob es vom Bezirksamt Tölz genehmigt wird. Ersuche Dich, mir mitzuteilen, was ich anfangen soll."

Das waren die letzten Zeilen eines Verzweifelnden. Wie uns von der Baugewerkschaft Weilheim mitgeteilt wird, haben der Bürgermeister wie das Bezirksamt Tölz ein gerüttelt Maß Schuld an diesem Drama. Mit allen Schikanen sind sie gegen die Erwerbslosen vorgegangen, halb verhungert sind Erwerbslose ins Krankenhaus eingeliefert worden, alle Bitten wurden in Kochel und beim Bezirksamt Tölz in den Wind geschlagen. Angehörige von bürgerlichen Sportvereinen werden untergebracht, bedürftige Arbeiter aber verfolgt.

Das Walchenseewerk ist fertiggestellt, die Arbeiterschaft hat ihre Pflicht und Schuldigkeit in vollstem Maße erfüllt, die Gemeinde Kochel hat durch den Ausbau des Werkes großen Vorteil und vor allem geschäftlichen Nutzen. Für die armen, verzweifelten, ins Nichts geschleuderten Arbeiter aber bleibt nur der Hunger, die Obdachlosigkeit und die Verfolgung. So will's die kapitalistische Wirtschaftsordnung. Die Schüsse von Kochel sind Zeichen unserer Zeit. Sie sind sogar mehr! Wenn die am Staatsruder Stehenden sie nicht richtig deuten, dann wird es eines Tages ein nicht angenehmes Erwachen geben!

Mitgliederzahlen der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1925.

Aus dem Inhalt des demnächst erscheinenden neuen Jahrbuches der Berufsverbände im Deutschen Reich gibt das erste Heft des „Reichsarbeitsblatt", Jahrgang 1927, eine kurze Uebersicht über die Mitgliederstärke der Gewerkschaften am Ende des Jahres 1925. Die in den Kreis der Betrachtung gezogenen Verbände umfaßten Ende 1925 insgesamt 6 587 139 Mitglieder, von denen 5 212 797 = 79,1 % den Arbeiterverbänden und 1 374 342 = 20,9 % den Angestelltenverbänden angehörten. Im Rahmen der gesamten Gewerkschaftsbewegung können als ihre Hauptteile drei in sich abgeschlossene Gruppen unterschieden werden, die jede für sich Arbeiter-, Angestellten- und auch Beamtenverbände mit der gleichen Zielsetzung vereinigen. Die nachfolgende Zusammenstellung zeigt die Mitgliederstärke der drei Gruppen der Arbeitergewerkschaften Ende 1925 und im Vergleich zu diesen auch die Endzahlen für 1924.

Es hatten im Jahre 1925 Mitglieder:

	1925 Insgesamt	1925 In Proz.	1924 Insgesamt	1924 In Proz.
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund	4 182 511	85,0	4 023 867	84,1
Gesamtverband christlicher Gewerkschaften	582 319	11,8	612 952	12,8
Deutsche Gewerkvereine (H.-D.)	157 571	3,2	147 280	3,1
Summa...	4 922 401	100,0	4 784 099	100,0

Die drei Gewerkschaftsgruppen zusammen hatten demnach gegen 1924 eine Zunahme von 138 302 Mitgliedern gleich 2,9 %. Daran beteiligt sind der ADGB. und die Deutschen Gewerkvereine. Die christlichen Gewerkschaften weisen dagegen eine Abnahme der Mitgliederzahl auf, und zwar um 30 633 = 5,0 %. Der Anteil der Mitgliederzahl an der Gesamtzahl hat sich zwischen dem ADGB. und den christlichen Gewerkschaften gegen 1924 etwas zuungunsten der letzteren verschoben. Zu solchen Vergleichen bieten aber die Jahresendzahlen keine geeignete Grundlage, da sie zufälligen Schwankungen ausgesetzt sind, die bei der Berechnung der Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt sich ausgleichen. Solche Durchschnittszahlen fehlen jedoch bei den deutschen Gewerkvereinen. Zu den vorstehend aufgeführten Gewerkschaftsgruppen kommen dann noch 4 Verbände kommunistischer Richtung, deren Mitgliederzahl für Ende 1925 zusammen auf 26 486 angegeben wird, und schließlich noch die Gruppe der selbständigen Verbände mit zusammen 15 701 Mitgliedern. Alles Gebilde, die dem Unternehmertum nicht wehe tun, wohl aber die Geschlossenheit der Arbeiter in ihren Kämpfen schädigen.

Bei den Angestelltenverbänden fehlen die Mitgliederzahlen für 1924. Am Ende des Jahres 1925 hatten Mitglieder: Der Allgemeine freie Angestelltenbund 428 185, der Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften (christliche Organisationseinrichtung) 411 113, der Gewerkschaftsbund der Angestellten 273 016 und der Deutsche Bankbeamtenverein 40 386. Die letzteren beiden Bünde zählen zusammen mit den Deutschen Gewerkvereinen zu der freiheitlich-nationalen Gewerkschaftsrichtung.

Zu den vorstehend aufgeführten 3 Gruppen der Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften kommen dann noch zu jeder Gruppe Beamtenverbände. Der freigewerkschaftlichen Organisationsrichtung ist angeschlossen der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, zu der christlich-nationalen zählt der Gesamtverband Deutscher Beamtengewerkschaften und zu dem freiheitlich-nationalen Bunde gehört der Ring Deutscher Beamtenverbände.

Es hatten 1925 Mitglieder:

Der Gesamtverband Deutscher Beamtengewerkschaften	302 977
Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund	178 296
Der Ring Deutscher Beamtenverbände	54 000

Als die stärkste Spitzenvereinigung der Beamten, die bis 1926 außerhalb einer Gruppenverbindung stand, ist der Deutsche Beamtenbund zu nennen, der sich im Oktober 1926 mit dem Gesamtverband Deutscher Beamtengewerkschaften zu einem Verbande unter der Bezeichnung „Deutscher Beamtenbund" zusammenschloß. Dieser größte Beamtenbund zählte vor der Verschmelzung 902 889 Mitglieder, von denen jedoch nach einer Aufstellung vom Anfang Dezember 1926 nur 188 565 beamtete Mitglieder verschiedener Verbände den Uebertritt vollzogen haben sollen.

Aus dem Entwurf des Arbeitslosenversicherungsgesetzes.

Die Regierungsvorlage ist nunmehr dem Reichstag zugegangen und im Reichsarbeitsblatt (Jahrgang 1927, Heft Nr. 1) veröffentlicht worden. Auch in der neuen Form ist die Vorlage, die nach Abschluß der Beratungen im Reichsrat fertiggestellt wurde, für die Arbeiterschaft in vielen Punkten unbefriedigend und unannehmbar. Bevor aus der Vorlage eine Arbeitslosen-Versicherung wird, die diesen Namen auch verdient, wird noch mancher Kampf im Reichstag durchgefochten werden müssen. Daß die Vorlage bis Ende März verabschiedet werden kann, ist im höchsten Grade unwahrscheinlich. Aber selbst wenn das der Fall sein sollte, wird mindestens noch ein Jahr vergehen, bis die Versicherung aufgebaut ist und in Tätigkeit treten kann.

Für die Bemessung der Arbeitslosenunterstützung werden durch das Gesetz sieben Klassen eingerichtet, und zwar Lohnklasse 1 bei einem wöchentlichen Arbeitsentgelt bis 12 *M*, Lohnklasse 2 bei einem Entgelt von 12 bis 18 *M*, Lohnklasse 3 bei einem Entgelt von 18 bis 24 *M*, Lohnklasse 4 bei einem Entgelt von 24 bis 30 *M*, Lohnklasse 5 bei einem Entgelt von 30 bis 36 *M*, Lohnklasse 6 bei einem Entgelt von 36 bis 42 *M* und Lohnklasse 7 bei einem Entgelt von mehr als 42 *M* wöchentlich.

Die Hauptunterstützung beträgt in den Klassen 1 und 2 45 % des für diese Klassen angenommenen Einheitslohnes von 12 *M* und 15 *M*, in den Klassen 3, 4 und 5 40 % des angenommenen Einheitslohnes von 21 *M*, 27 *M* und 33 *M*, und in den Klassen 6 und 7 35 % des Einheitslohnes von 39 *M* und 42 *M*. Als Familienzuschlag werden für jeden zuschlagsberechtigten Angehörigen bis zu gewissen Grenzen 5 % des Einheitslohnes gewährt. Die Mittel für die Versicherung werden durch Beiträge der Unternehmer und Arbeiter je zur Hälfte aufgebracht. Ferner ist im Gesetz die Einrichtung einer Krisenunterstützung für Zeiten andauernd besonders ungünstiger Arbeitsmarktlage vorgesehen. Nach der Vorlage der Reichsregierung sollte für den Aufwand der Krisenunterstützung das Reich drei Viertel übernehmen, während die Errichtungsgemeinden der öffentlichen Arbeitsnachweise den Rest zu übernehmen hätten. Der Reichsrat schlug hiervon abweichend vor, daß das Reich acht Neuntel des Aufwandes für die Krisenunterstützung übernehmen möge.

Aus der sozialen Bauwirtschaft.

Die Zahl der im November 1926 in den sozialen Baubetrieben Beschäftigten betrug 18 406 gegen 15 571 im gleichen Monat des Vorjahres. Im Jahre 1925 beschäftigte jeder Betrieb durchschnittlich 6 Angestellte und 86 Arbeiter, in diesem Jahre dagegen 6 Angestellte und 116 Arbeiter. Bei der untenstehenden Tabelle ist zu berücksichtigen, daß im Jahre 1926 7 Betriebe fehlen: nämlich Bauarbeitergenossenschaft Arnstadt, Bauhütte Hildesheim, Bauhütte Holzminden, Glaser- und Tischlereiwerkstätten Jena, Bauhütte Mohrungen, Bauhütte Peine und Bauhütte Saar in Saarbrücken. Für November 1925 fehlen die Angaben von 2 Betrieben: nämlich Bauhütte Voigtland in Plauen und Bauhütte Mohrungen. Die Beschäftigten im einzelnen zeigt die Aufstellung.

Bezirk	Zahl der angeschlossenen Betriebe	Nov. 1925 Angestellte	Nov. 1925 Arbeiter	Zahl der angeschlossenen Betriebe	Nov. 1926 Angestellte	Nov. 1926 Arbeiter
Ostpreußen	12	44	585	14	41	804
Berlin	27	175	2560	25	197	4402
Schlesien	14	81	1258	15	79	1986
Mitteldeutschland	23	146	2532	21	145	3488
Nord	23	77	1440	25	110	1546
Nordwest	20	76	1396	18	65	1140
Rheinl.-Westfalen	18	116	1490	16	87	1478
Hessen	7	38	696	7	43	1026
Südwest	15	65	1161	15	64	1071
Bayern	11	90	1494	9	57	923
Verband sozialer Baubetriebe	1	26	25	1	28	26
Zusammen	171	934	14637	166	916	17490
Insgesamt		15571			18406	
Jeder Betrieb beschäftigte im Durchschnitt		6	86		6	116
Insgesamt		92			122	

„Wer da hat, dem wird gegeben..."

Der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie wurde 1924 die riesige Summe von ¾ Milliarden Mark als „Entschädigung" für ihre angeblichen Verluste während des Ruhrkampfes gezahlt. Vom Reichstag wurde auf Betreiben der sozialdemokratischen Fraktion ein Untersuchungsausschuß eingesetzt, der die Forderungsrechte und die Höhe der Entschädigungssummen an die Ruhrindustrie nachprüfen sollte. Der Ausschuß hat nun seine Untersuchungen abgeschlossen. Er kam zu einem Urteil, das die Befürchtungen, daß die Entschädigungen in der Höhe unberechtigt waren, durchaus bestätigt. Nach dem Urteil des Ausschusses liegt in der ohne Wissen des Reichstages vorgenommenen Zahlung an die Ruhrindustriellen eine objektive Verletzung des Etatsrechtes des Reichstages vor. Es wurde weiter festgestellt, daß in erheblichem Umfange übergezahlt wurde, und zwar in einer Höhe, die sich gegenwärtig mangels genauer Unterlagen nicht mehr feststellen läßt; ferner wurde anerkannt, daß die Ansprüche der Geschädigten, mit denen ein Sonderabkommen getroffen war, nämlich der Großindustrie, günstiger behandelt worden sind, als die Ansprüche der übrigen durch die Ruhrbesetzung Geschädigten. Diese Feststellung wird noch durch die Tatsache unterstrichen, daß bis heute noch keine ausreichende Abgeltung des der Arbeiter- und Angestelltenschaft sowie dem erwerbstätigen Mittelstand durch den passiven Widerstand zugefügten Schaden vorgenommen worden ist.

Es scheint leider nicht möglich zu sein, die Ruhrindustrie zur Zurückzahlung eines Teiles der geleisteten Entschädigungen zu zwingen. Sie erhielt also eine gewaltige Subvention aus öffentlichen Mitteln. Nimmt man nun hinzu, daß das Jahr 1926 ein Rekordjahr für die Ruhrindustrie war, wo durch den englischen Bergarbeiterstreik sehr viel verdient wurde, so kommt man zu der Ueberzeugung, daß diese Industrie trotz der allgemeinen Krise sich in glänzender Verfassung befindet.

Daß es auch anders geht, zeigt ein Vorkommnis, auf das der Kollege Link, Berlin, in einem offenen Brief an den Reichsarbeitsminister aufmerksam macht. Diesem lag folgender Tatbestand zugrunde: Durch Gesetz vom 25. Juni 1926 ist eine Aenderung in der Reichsversicherungsordnung eingetreten, die alle Vergünstigungen, die den Verletzten und deren Angehörigen durch das Gesetz vom 13. Juli 1923 gewährt waren, aufgehoben hat. Nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 13. Juli 1923 hatte der Verletzte sowie seine Hinterbliebenen Anspruch auf die volle Unfallrente und daneben auch auf die Invalidenrente, selbst dann, wenn beide Rentenarten aus demselben Versicherungsfall erwachsen waren. Die Vergünstigungen für die Rentenbezieher waren nicht von langer Dauer. Durch das eingangs erwähnte Gesetz sind die Vergünstigungen in der Reichsversicherungsordnung durch Artikel 7 aufgehoben. Artikel 7 bestimmt, daß vor dem § 1312 der RVO. folgende Vorschriften eingefügt werden: „Ist die Invalidität die Folge eines entschädigungspflichtigen Unfalles, so ruht der Teil des Grundbetrages der Invalidenrente, der dem vom Versicherten bezogenen Teile der Vollrente aus der Unfallversicherung entspricht. . . Ist der Tod des Versicherten die Folge eines entschädigungspflichtigen Unfalls, so ruht neben der Rente aus der Unfallversicherung der Grundbetrag der Hinterbliebenenrente aus der Invalidenversicherung." Weiter kommt § 1311 b in Frage, da heißt es: „Neben reichsgesetzlichen Unfallrenten ruht die Witwen- und Witwerrente, soweit die Gesamtbezüge fünfzig vom Hundert, die Waisenrente, soweit die Gesamtbezüge zwanzig vom Hundert des nach § 1311 a maßgebenden Jahresarbeitsverdienstes übersteigen." Das ist nun Gesetz geworden, daran ist einstweilen nichts zu ändern. Indes, es ist ein Skandal, daß die Rentenempfänger unter dem Bureaukratismus der Landesversicherungsanstalten leiden mußten. Anstatt den Rentenempfängern nach dem Inkrafttreten des Gesetzes davon Mitteilung zu machen, daß die Witwen- beziehungsweise Waisenrente, außer Invalidenversicherung, mit dem Monat August nicht mehr zur Auszahlung gelangt, zahlen sie den Rentenempfängern die Rente weiter, in vielen Fällen bis einschließlich November. Aber einige Tage vor Weihnachten erhielten dann zahlreiche Witwen und Waisen Bescheid, daß die zu viel gezahlten Beträge zurückzuzahlen sind. Bei den Witwen und Verletzten sollten die zu viel gezahlten Beträge in Höhe von 50 bis 70 *M* einfach von der Rente einbehalten werden. Von der Waisenrente sollten rund 20 *M* abgezogen werden.

Der Reichsarbeitsminister war einsichtig genug, den Abzug vor Weihnachten zu verhindern und auch in der Zukunft soll die zu viel gezahlte Rente nicht mehr abgezogen werden. Die Wirkung, die der offene Brief unseres Kollegen Link gehabt hat, ist zu begrüßen. Doch wenn auch von den Sozialrentnern nichts mehr zurückgefordert werden soll, so ist es doch bezeichnend, wenn man die Ruhrindustrie mit den Opfern der Arbeit in Parallele stellt. Bei den Ruhrindustriellen, die eine gewaltige Summe ausgezahlt bekamen, soll es von vornherein unmöglich sein, etwas zurückzuerhalten. Bei den armen Sozialrentnern aber, die mit ihrer Rente kaum das nackte Leben fristen können, hielt die Behörde die Zurückzahlung der angeblich zu viel erhaltenen Summen für durchaus möglich, sogar vor Weihnachten! So verschieden werden in Deutschland Menschengruppen behandelt. Hier handelt es sich um arme Teufel, die ihre Gesundheit auf dem Schlachtfelde der Arbeit opferten. Wir sind der Meinung, daß jeder Deutsche vor dem Gesetz gleich ist und die Ruhrindustriellen keineswegs mehr zu verlangen haben, als die Sozialrentner; im Gegenteil, letztere müssen weit eher berücksichtigt werden als die reiche Schwerindustrie. Diese beiden Fälle zeigen, wie viel noch zu tun ist, ehe in Deutschland gleiches Recht für alle gilt.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 27. Dezember 1926.

Bezirksverband	Zahl d. Baugewerkschaften insgesamt	Zahl d. Baugewerkschaften dah. hab. berichtet	In den berichtenden Baugewerkschaften waren am Feststellungstage arbeitslos: Verzug der Mitgliedschaft am Wochenanfange	Maurer	Hilfsarbeiter	Betonarbeiter	Stuck. u. Putzer	Isol., Steinh.	Töpfer	Ofensetzer	Glaser	Asphaltierer	Bau-Werkmeister	Erdarbeiter	Insgesamt
Kgsbg.	8	8	11155	4800	3283	264	7	—	258	—	—	—	147	886	9095
Danzig.	1	1	2631	557	478	10	10	—	40	—	—	—	1	811	1407
Stettin.	66	66	11181	3657	1760	49	—	—	71	—	1	—	88	386	5957
Breslau	44	42	25915	5558	4180	143	37	22	268	15	18	—	180	562	10963
Berlin .	69	50	32188	3879	3772	243	438	27	216	29	214	261	64	902	10045
Mgdbg.	53	49	17574	4173	1446	8	17	5	169	—	7	—	17	111	5953
Erfurt .	45	45	10355	4344	1653	50	103	7	9	3	28	—	26	169	6392
Frankf.	16	16	27021	4922	3591	461	353	13	2	17	4	11	6	1629	10929
Köln...	14	14	13759	2226	2652	318	578	23	3	39	33	13	42	574	6491
Dortm.	14	14	14271	1158	1372	232	192	29	11	14	—	2	16	408	3434
Hann...	46	46	17876	3250	1704	125	35	18	26	9	8	—	70	225	5470
Bremen	26	26	11321	1157	1084	16	28	11	3	1	—	—	—	369	2659
Hambg.	72	72	23231	2071	1442	254	108	22	76	39	54	13	30	902	5011
Rostock.	60	60	6176	1621	765	—	—	—	16	—	—	—	5	173	2579
Dresd..	62	56	54521	1273	10356	240	140	42	133	15	118	35	188	665	2516
Nürnb.	25	25	12452	2797	2854	40	420	7	66	4	5	—	22	195	6409
Münch.	81	80	11521	1543	2079	20	25	2	25	7	18	7	24	593	4335
Stuttg..	21	21	7545	1268	1205	92	696	13	9	15	—	1	6	683	3982
Karlsr.	11	11	13426	3274	2417	172	430	—	21	33	9	—	45	373	6774

Von den einzelnen Gruppen waren arbeitslos: Maurer 64 489, Hilfsarbeiter 48 573, Betonarbeiter 2732, Stukkateure und Putzer 3612, Isolierer und Steinholzleger 241, Töpfer 1416, Fliesenleger 243, Glaser 511, Asphaltierer 343, Bau-Werkmeister 922, Erdarbeiter 10 048. — Die diesmalige Zählung ergibt eine sehr starke Steigerung der Arbeitslosigkeit. Berichtet haben von 684 Baugewerkschaften nur 652 mit 324 289 Mitgliedern. (In der Vorwoche waren es 661 mit 327 081 Mitgliedern.) Davon waren 133 130 arbeitslos, gegen 95 551 in der Vorwoche. Das sind 41,05 % der von der Zählung erfaßten Mitglieder. In der vorigen Woche waren 29,21 % arbeitslos. Die höchste Arbeitslosenziffer hat wieder

der Bezirksverband Königsberg mit 81,5 %. Dann folgen die Bezirksverbände Erfurt mit 61,7 %, Danzig 53,5 %, Stettin 53,3 %, Stuttgart 52,8 %, Nürnberg 51,5 %, Karlsruhe 50,5 %, Köln 47,2 %, Dresden 46,1 %, Breslau 42,4 %, Rostock 41,6 %, Frankfurt 40,6 %, München 37,6 %, Magdeburg 33,9 %, Berlin 31,2 %, Hannover 30,6 %, Dortmund 24,1 %, Bremen 23,5 % und Hamburg mit 21,6 %. An der Steigerung sind alle Berufsgruppen beteiligt. Bei den Maurern stieg die Zahl der Arbeitslosen von 42 889 auf 64 489, bei den Hilfsarbeitern von 37 625 auf 48 573. Erdarbeiter waren 10 048 arbeitslos (in der Vorwoche 7838).

Streiks und Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter: **Gesperrt** sind in **Anklam** die Regiearbeiten der Pommerschen Zuckerfabrik, in **Borna** die Bauten des Bergbaulichen Vereins, in **Hamburg** die Betriebe der Unternehmer Wilhelm Winkelmann (Altona), Joh. Th. Amelung, **Klütze**, in **List auf Sylt** die Firma Heinrich Brandt, in **Lüneburg** die Kanalarbeiten der Stadt, in **Lüttgenrode** Chr. Försterling, in **Neu-Anspach bei Driesen** die Firma E. Baber, in **Osterwiek** die Baustellen der Unternehmer Ludwig Schmidt, Ingenieur Hundertmark und Julius Rammecke, auf Insel **Pellworm** der Schleusenbau der Firma Heinrich Brandt, in **Parchim** die Firmen Schnell und Kniebusch, außerdem liegen Differenzen vor in Neuhof beim Unternehmer Krüger, Freyenstein, **Rotenburg i. H.** (Unternehmer Frömming), **Bisselhövede**, in **Wesermünde** die Arbeiten der Firma Himme, in **Westerland** die Arbeiten der Firma Heinrich Brandt aus Rendsburg-Büdelsdorf.

Isolierer: Gesperrt ist in **Hamburg** wegen Nichtzahlung der Tariflöhne die Firma Bohle & Co. aus Köln, Kraftwerk der Hamburgischen Elektrizitätswerke.

Kunststein- und Terrazzoarbeiter: Ostdeutsche Kunststeinwerke (Inhaber Bruno Gauer) in **Tilsit**.

Stukkateure und Putzer: Gesperrt ist **Oberschlesien**.

Töpfer: **Gesperrt** ist für Ofensetzer **Burg bei Magdeburg** (Uhlemann), **Münster** (Gustav Radzuhn Nachf.). Für Scheibentöpfer ist **Crimitz** gesperrt.

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Dresden. (Vorständekonferenz.) Am 5. Januar tagte in Dresden eine Vorständekonferenz der Baugewerkschaften unseres Bezirksverbandes. Anwesend waren 44 Vertreter der Baugewerkschaften, sowie einige Mitglieder des Bezirksvorstandes. Der Bundesvorstand war durch Kollege Otto vertreten. Leider hatten 20 Baugewerkschaften keine Vertretung entsandt. Zunächst hielt Oberregierungsrat Dr. Zschucke einen instruktiven, aufklärenden Vortrag über „Die rechtliche Stellung der Notstandsarbeiter." Er führte u. a. aus: Die rechtliche Stellung des Notstandsarbeiters ist sehr beschränkt, da er sich nach dem Gesetz in einer Form der Erwerbslosenfürsorge befindet, in der er allerdings auch steuer- und krankenversicherungspflichtig ist. Die Löhne und die sonstigen Beschäftigungsbestimmungen werden von den einzelnen Verwaltungsausschüssen der Arbeitsnachweise festgesetzt. In einigen Gegenden wird nach dem Bauarbeitertarif entlohnt, in andern nach dem der Gemeindearbeiter. Vielfach verlangen auch die Unternehmer von Notstandsarbeiten, daß die Arbeiten in Akkord ausgeführt werden oder sie setzen ein Prämiensystem fest. Gegen diese Arbeitsmethode kann der Verwaltungsausschuß wenig ausrichten, da dies gesetzlich zulässig ist. Ein klagbares Recht gegen den Unternehmer steht dem Notstandsarbeiter nicht zu, er kann sich nur beschwerdeführend an den Nachweis und zuletzt an den Verwaltungsausschuß wenden, der endgültig entscheidet. Vorgesetzte Behörde über Arbeitsnachweis und ihre Verwaltungsausschüsse ist im Freistaat Sachsen das Landesamt für Arbeitsvermittlung in Dresden. Auch das Betriebsrätegesetz findet bei Notstandsarbeiten keine Anwendung, da diese Arbeitsform nicht den Bestimmungen dieses Gesetzes unterliegt. Es kann infolgedessen auch kein Betriebsrat gewählt werden; zulässig ist aber die Ernennung von Vertrauensmännern. Ebenfalls wird dem Notstandsarbeiter kein Urlaub und kein Streikrecht zugebilligt, weil eben dies Arbeitsverhältnis als Fürsorge angesehen wird. Wird der Notstandsarbeiter vor Ablauf von 6 Wochen entlassen, so hat er beim Wiederbezug von Erwerbslosenunterstützung keine Wartezeit durchzumachen. Dauert aber die Notstandsarbeit über 6 Wochen, so ist erst eine Wartezeit von 3 Tagen zurückzulegen. Die völlige Rechtlosigkeit der Notstandsarbeiter muß beseitigt werden! In der Aussprache weist Kollege Otto darauf hin, daß nur ein geringer Teil der Notstandsarbeiter aus dem Baugewerbe stamme. Die Notstandsarbeiten werden in der Herstellung stets sehr teuer. Diese bedeutend höhere Ausgabe käme aber nur in geringem Umfange den Erwerbslosen zugute. Ueber die rechtliche Stellung der Notstandsarbeiter ist an das Reichsarbeitsministerium ein Schreiben gesandt worden. Da auf dies Schreiben nicht geantwortet wurde, ist unser Bundesvorstand persönlich vorstellig geworden. Bindende Zusagen konnten dabei aber nicht erreicht werden, unsere Anregungen sollen jedoch geprüft und bei der Ausarbeitung des bevorstehenden Notgesetzes beachtet werden. Otto weist auch auf den unhaltbaren Zustand hin, daß die arbeitende Bevölkerung Beiträge an die Erwerbslosenfürsorge abführen muß, aber bei den Beratungen der Bestimmungen über die Verwendung dieser Gelder nicht mit hinzugezogen wird. In der weiteren Aussprache kommt zum Ausdruck, daß es besser sei, wenn die Notstandsarbeiten überhaupt bald verschwinden würden. Akkord- und Prämiensystem müsse allerorts bekämpft werden, auch müsse darauf gesehen werden, daß nirgends Ueberstunden — außer in ganz dringenden Fällen — geleistet werden. Im übrigen müsse versucht werden, überall auch Bauarbeiter in die Verwaltungsausschüsse zu bringen. — Ueber die zentralen Verhandlungen im Dezember 1926 in Berlin berichtete Kollege Richter, Dresden, daß die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien, da die Meinungsverschiedenheiten in den einzelnen Fragen noch ziemlich groß sind. Ende Januar finden weitere Verhandlungen statt. Das Ueberstundenwesen sowie die Akkordarbeit müssen

weiter auf das schärfste bekämpft werden. Es sei bedauerlich, daß sich bei der großen Arbeitslosigkeit immer noch Bauarbeiter finden, die Ueberarbeit leisten. Jeder Kollege muß den Vorstand seiner Baugewerkschaft in Kenntnis setzen, wenn er erfährt, daß irgendwo Ueberstunden geleistet werden. Einstimmig nahm die Konferenz folgende Entschließung an: „Von der nun seit mehr als 1½ Jahren in Deutschland herrschenden Krise ist auch das Baugewerbe nicht verschont geblieben. Trotz riesiger Wohnungsnot ist auch im Freistaat Sachsen während des verflossenen Jahres die Erwerbslosigkeit außerordentlich groß. Selbst in den besten Baumonaten des Jahres 1926 ist die Erwerbslosigkeit nie unter 10 % gesunken. Nach den geltenden tariflichen Bestimmungen für das sächsische Baugewerbe ist die tägliche Höchstarbeitszeit auf 8 Stunden festgesetzt und die Wochenarbeitszeit von 48 Stunden darf nicht überschritten werden. Dem Bezirksvorstand des Deutschen Baugewerksbundes sind, obwohl die Arbeitszeit vertraglich geregelt ist, wiederholt Mitteilungen zugegangen, die erkennen lassen, daß an einigen Orten die tariflich festgesetzte Arbeitszeit doch überschritten worden ist. Die am 5. Januar in Dresden stattfindende Konferenz der Vorstände des Deutschen Baugewerksbundes verpflichtet die Baugewerkschaftsvorstände, ihr Hauptaugenmerk darauf zu richten, daß jede Ueberarbeit, die den tariflichen Abmachungen widerspricht, mit aller Entschiedenheit bekämpft werden muß. Den Vorständen wird aufgegeben, in allen Fällen, wo sie von der nicht zulässigen Ueberstundenarbeit unserer Kollegen erfahren, gegen diese Kollegen mit allen organisatorischen Mitteln vorzugehen. Im übrigen sind dem Bezirksvorstand diese Ueberschreitungen der tariflich festgesetzten Arbeitszeit zu unterbreiten." Kollege Richter teilte noch mit, daß wegen der Verschiedenheit der Wartezeit der Bauarbeiter beim Bezug der Erwerbslosenunterstützung, eine Eingabe an das Landesamt für Arbeitsvermittlung gemacht worden sei, worin gefordert wird, überall im Freistaat Sachsen die Wartezeit zu Beginn der Unterstützung gleichmäßig festzusetzen. Eine Antwort ist noch nicht eingegangen. Weiter wird darauf hingewiesen, daß die Vertreter zu den Ortsausschüssen von den Ortsverwaltungen zu ernennen und nicht in freier Wahl den Mitgliederreihen zu entnehmen sind. Ferner ist geplant, im Bezirksverband Dresden einen Bauhüttenkursus abzuhalten, der am 7. Februar in Leipzig beginnen soll. Er soll 20 Teilnehmer umfassen und 14 Tage dauern. Dazu sind 7 tüchtige Lehrkräfte gewonnen worden. Die Bedingungen zur Teilnahme sind den Baugewerkschaften Anfang Dezember mitgeteilt worden. Weiter ist geplant, im Frühjahr eine Jugendleiterkonferenz abzuhalten. Ueber die Umgruppierung und Zusammenlegung verschiedener Baugewerkschaften wurden die Beschlüsse des Bundesvorstandes zur Kenntnis gebracht. Kollege Otto wünschte noch, ihm mitzuteilen, wo Mineure, Bohrer usw. beschäftigt sind, die Preßluftarbeiten ausführen, da er eine Eingabe über die Gefahren bei diesen Arbeiten an die zuständigen Behörden machen will. In der Aussprache erklären sich die Redner mit der Eingabe über die Regelung der Wartezeit einverstanden. Mit der Bauhüttenschule ist die Konferenz ebenfalls einverstanden und hofft, dadurch Nutzbringendes für die Organisation und für das Bauhüttenwesen zu erreichen. Ueber die Beschlüsse des Bundesvorstandes in der Umgruppierung verschiedener Baugewerkschaften erheben einzelne Vertreter Bedenken. Es wird deshalb notwendig sein, mit den betreffenden Orten nochmals gemeinsame Zusammenkünfte zu veranstalten, um den Kollegen die Zweckmäßigkeit und die Ursachen zu erklären.

Aus den Baugewerkschaften

Chemnitz. († Josef Schneider.) Einen schweren Verlust hat unsere Baugewerkschaft erlitten. Am 5. Januar verschied nach langer Krankheit unser Mitglied Josef Schneider. In 38jähriger treuer Mitgliedschaft erfüllte er jederzeit, auch in den sturmbewegtesten Zeiten, die unsere Bewegung am Orte durchlebte, seine Pflicht. Seine unverbrüchliche Treue zur Gewerkschaft, sein aufrichtiger Charakter, sein solidarisches Wirken all seinen Mitarbeitern gegenüber wird ihm ein dauerndes ehrendes Andenken sichern!

Erding. In der Generalversammlung am 6. Januar gedachte Kollege Tauber zunächst der verstorbenen Mitglieder, deren Andenken von der Versammlung in üblicher Weise geehrt wurde. Darauf erstattete der Vorstand einen ausführlichen Bericht über das vergangene Jahr. Die Abrechnung war von den Revisoren geprüft und als richtig anerkannt, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. In den Vorstand wurden die bisherigen Kollegen einstimmig gewählt, und zwar als Vorsitzender Bartholomäus Tauber, als Stellvertreter Mathias Moser, als Kassierer Georg Karl, als zein Stellvertreter Hieronymus Maierhofer, als Schriftführer Isidor Fischer und als Revisoren Michael Schütz und Urban Karer. Als Delegierte wurden Schütz, Karer, Maierhofer und Mathias Falthauser gewählt. Hierauf nahm Kollege Angermeier das Wort zu einem Bericht über unsere Organisation. Er hob hervor, daß unser Bund kein Unterstützungsverein sei, wie viele glauben, sondern eine Kampforganisation, und wies darauf hin, daß wir in nächster Zeit wieder schwere Kämpfe haben werden. Dazu gebrauchen wir auch große Geldmittel. Er ging dann ein auf die schwierige Stellung der Betriebsräte und Baudelegierten und forderte die Kollegen auf, sie energisch zu unterstützen. Kollege Schütz erstattete dann einen Bericht über die Erwerbslosenfrage und das Krankenkassenwesen. Er forderte zum Schluß seiner Ausführungen die Kollegen auf, die „Freie Gewerkschaft" zu lesen. Mit der Aufforderung, auch in diesem Jahre zahlreich unsere Versammlungen zu besuchen, stets gegenüber unserm Bund die Pflichten zu erfüllen, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Kronach. Die am 9. Januar abgehaltene Generalversammlung war ziemlich gut besucht. In der Hauptsache beschäftigte uns der Kassenbericht, den der Kollege Schönstein gab. Dem früheren Kassierer Wich war allseitig Vertrauen entgegengebracht worden; er hat es aber schnöde mißbraucht und ungefähr 1000 M unterschlagen. Wie raffiniert Wich bei diesem Betrug zu Werke gegangen, beweist, daß er seit dem 30. Mai kein Kassenbuch geführt und die Abrechnung aus dem „Gedächtnis" zusammengestellt hat. Willkürlich hatte er Ausgaben und Einnahmen durcheinandergewürfelt. Nur ein Beispiel: Als Wich am 9. November durch den Bezirksleiter Merkel und Kollegen Schönstein revidiert wurde, erklärte er, 62,46 M für Kartellbeiträge abgeführt, aber keinen Beleg erhalten zu haben; er müsse ihn noch holen, was dann auch geschah. Später erfuhr man dann von dem Arbeitersekretär, Wich habe sich zwar eine Quittung ausstellen lassen, aber nichts bezahlt. Wich konnte diese Unterschlagungen aber nur begehen, weil zu viel Vertrauensduselei, auch bei den Revisoren, vorhanden war. Wich war vor Uebernahme des Kassiererpostens 3 Jahre Vorsitzender von Kronach und hatte überall durch ruhiges und anständiges Auftreten Vertrauen erweckt. Selbst Kollege Merkel erklärte, er habe sich nie in einem Menschen derartig getäuscht, wie in diesem Falle. Nachdem Kollege Merkel den Bericht ergänzt, wurde Wich ausgeschlossen. Die Vorstandswahl ergab K. Schönstein als Vorsitzenden, Georg Bauernfachs als Stellvertreter, Johann Ehrsam als Kassierer, Joh. Böhm als Stellvertreter, Georg Müller als Schriftführer, als Revisoren Harthan, Kastner und Joh. Schneider. Dann sprach Kollege Merkel über die Werbearbeit im kommenden Frühjahr. Er streifte dabei die bisherigen Reichstarifverhandlungen und betonte, daß es nur einer machtvollen Organisation gelingen werde, annehmbare Tarifverhältnisse zu schaffen. Deshalb ist es nötig, die Werbearbeit nimmer einschlafen zu lassen und auch die Baugewerkschaft Kronach zu einer machtvollen Organisation auszubauen. Nachdem dann Merkel noch über die Reichsarbeitslosenunterstützung Auskunft gegeben, wurde die Versammlung geschlossen.

Weilheim. (Gegen die Pflichtarbeit.) Die Arbeitslosigkeit wütete während des ganzen Jahres mit aller Schärfe. Verschlimmert wurde die Lage noch durch den Rückschlag in der Fremdenindustrie. Von unserm Bund ist bei jeder Gelegenheit auf die Regierungen und Behörden eingewirkt worden, Arbeitsgelegenheit zu beschaffen. Besonders reaktionäre Städte- und Gemeindeverwaltungen nützen durch Pflichtarbeit ohne Entschädigung die Notlage unserer Kollegen bis zum äußersten aus. Besonders die Bezirksämter fordern mit Vorliebe Pflichtarbeit, ohne näher festzulegen, was überhaupt unter Pflichtarbeit zu verstehen ist. Die Stadt Schongau am Lech hat beispielsweise eine größere Kanalisierungsarbeit in Tiefe von 3,20 bis 4 m als Pflichtarbeit gefordert. Der Kanal war unbedingt notwendig, um Neubauten an die Kanalisation anzuschließen. Bei dem ständigen Wechsel der Arbeiter war die Arbeit eine Gefahr. Die Schalungsarbeiten sowie der Bauarbeiterschutz waren für die Pflichtarbeiter unbekannte Dinge. Nur durch Zufall haben die herabfallenden Erdmassen und Rollersteine kein Unglück verursacht. Unsere Beschwerde beim Bezirksamt Schongau hatte den Erfolg, daß die Arbeit eingestellt wurde, um die Genehmigung beim Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes einzuholen. In der Verhandlung beantragten wir dann, die Arbeiten einem Unternehmer zu übertragen und den Tariflohn zu zahlen. Die Vertreter der Unternehmer und der Bezirksvorsitzende stimmten aber gegen unsern Antrag und verlangten, daß die Arbeit als Pflichtarbeit weitergeführt wird. Die Kollegen sollen also weiter für die Unterstützung die Schaufel schwingen. Einmal schreien die Unternehmer, daß keine Arbeit vorhanden sei, und wenn ein Fabrikdirektor im Verwaltungsausschuß diktiert, dann katzbuckeln die Unternehmer vom Bau- und Holzgewerbe, und die Arbeiterschaft soll zahlen. So wird die Pflichtarbeit zu einer Gefahr für den Tarifvertrag. Die Reichsregierung muß endlich einwandfrei feststellen, daß für Arbeiten, die gewerblichen Zwecken dienen, nicht Pflichtarbeit gefordert werden darf. Soll aber hier Besserung geschaffen werden, dann müssen alle Bauarbeiter zu ihrer Berufsorganisation, dem Baugewerksbund, stehen!

Weilheim. (Zahlstelle Kochel.) Am 2. Januar tagte unsere Jahresversammlung, die gut besucht war. Es galt in erster Linie, unserm verdienten Kollegen Joh. Eder die Ehre zu erweisen. Er wurde am 9. Dezember von der Gendarmerie in Kochel niedergeschossen, nachdem Eder vorher auf den Bürgermeister geschossen hatte. Körperlich und seelisch zusammengebrochen von den Verfolgungen, sich gegen seine Peiniger wendend, ist er niedergestreckt worden. Sein Andenken wird in der Arbeiterschaft von Kochel weiterleben. —

Die Arbeitslosigkeit beträgt seit einem Jahre in unsern Reihen 70 bis 80 %. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, die die Gemeinde auffordert, in erster Linie die am längsten und bedürftigsten Erwerbslosen in Arbeit zu bringen. Ferner wird die Gemeinde aufgefordert, bei der Walchensee A.-G., beim Straßen- und Flußbauamt, beim Kulturamt, beim Bezirk und Kreis sowie bei der Post- und Bahnverwaltung dahin zu wirken, daß die nötigen fälligen Arbeiten ausgebaut und in Angriff genommen werden. Die Gemeindeverwaltung muß dafür sorgen, daß die Verfolgung von Erwerbslosen aufhört. Die Kollegen verpflichten sich, im neuen Jahr am Ausbau unseres Bundes mitzuarbeiten, auch den letzten Kollegen für unsere Organisation zu gewinnen und mit aller Kraft für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen!

Aus den Fachgruppen

Glaser.

Hamburg. In der am 6. Januar abgehaltenen Fachgruppenversammlung widmete Kollege Arthur Müller dem Kollegen Hermann Eichhorn zu seinem Eintritt in den Ruhestand herzliche Abschiedsworte. Er hob die jahrzehntelange, erfolgreiche Tätigkeit Eichhorns als Vorsitzender unserer Organisation hervor, wünschte ihm an der Seite seiner lieben Frau einen glücklichen Lebensabend und knüpfte daran die Hoffnung, daß es dem alten Kämpen vergönnt sein möge, auch den weiteren Aufstieg unserer Reichsfachgruppe noch mitzuerleben. Kollege Eichhorn, dessen Platz in sinnreicher Weise mit weißem Flieder geschmückt war, dankte in bewegten Worten für die erwiesene Aufmerksamkeit und schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung zur Bundestreue und Mitarbeit an der Organisation. Hierauf hielt Kollege Matthiessen einen Lichtbildervortrag über die gotische Baukunst. Ausgehend von den Anfangsstadien der Gotik behandelte er in sehr verständlichen Worten den gotischen Stil in seiner Entwicklung bis zur Renaissance und zeigte eine Reihe wohlgelungener Bilder gotischer Bauwerke. Ueber den Arbeitsmarkt berichtete Kollege Arthur Müller. Gegenüber dem Vormonat sei wiederum eine Verschlechterung eingetreten. Vom November wurden 43 Erwerbslose übernommen, hinzu kamen 49, das ergibt zusammen also 92 Erwerbslose. Besetzt wurden 28 Stellen. Die Stichzahlen waren: am 1. Dezember gab es 43 Erwerbslose, am 9. Dezember 50, am 16. Dezember 51, am 21. Dezember 52 und am 29. Dezember 45 eingetragene Erwerbslose. Heute haben wir noch 51 Erwerbslose. Da die Zahl der Bauvorhaben gegenüber dem Vorjahr größer ist, wird auch für uns ein besseres Beschäftigungsjahr zu erwarten sein. — Wegen der großen Zahl Erwerbsloser und der geringen Zahl Stellenangebote wird ein Antrag angenommen, wonach sich die ersten zehn Erwerbslosen täglich, die übrigen dreimal wöchentlich nachmittags zur Kontrolle melden sollen. Wer von den ersten Zehn sich der Kontrolle dreimal entzieht, wird gestrichen und als letzter in die Liste eingetragen. Die Auffassung einiger erwerbsloser, aber nicht anwesender Kollegen, daß die Versammlung zu derartigen Beschlüssen nicht berechtigt sei, ist irrig. Es wurde ferner eine Beschwerde über den Arbeitsnachweisleiter vorgebracht, der einem Kollegen im Beisein mehrerer anderer Vorwürfe wegen häufigen Stellenwechsels gemacht hat. Der Arbeitsnachweisleiter ist zu einer derartigen Anmaßung nicht berechtigt. Die vom Arbeiterrat Groß-Hamburg ausgegebenen Essenkarten für Erwerbslose sind im Bureau unserer Baugewerkschaft zu haben. Die Quittungskarten für unsere Beileidskasse werden den Kollegen in diesen Tagen ausgehändigt. Die Beiträge sind in den Betrieben an die Obleute und in den Versammlungen zu zahlen. — Unsere Generalversammlung wird nicht am 8., sondern am Donnerstag, 10. Februar, abgehalten. Es ist Pflicht aller Kollegen, für guten Besuch zu sorgen!

Jena. In der am 8. Januar stattgefundenen Generalversammlung waren trotz besonderer Einladungen leider nicht alle Kollegen erschienen. Diese Kollegen jagen lieber dem Sport und Vergnügen nach, anstatt ihre wirtschaftlichen Interessen zu vertreten. Kollege Eisenhut berichtete kurz von der Konferenz der Reichsfachgruppe in Hamburg und gab dann den Jahresbericht. Er berichtete über die stattgefundenen Versammlungen, die teilweise mangelhaft besucht waren. Um die noch unorganisierten Kollegen heranzuholen, wurden gleichfalls einige Versammlungen abgehalten. Unserer Fachgruppe wurden im Laufe des Jahres 6 Kollegen und 6 Lehrlinge zugeführt, insgesamt sind heute 18 Kollegen und 6 Lehrlinge organisiert. Die noch unorganisierten 9 Glaser werden hoffentlich auch bald einsehen, daß sie sich der Organisation anzuschließen haben. Die Tatsache, daß heute in Deutschland 6200 organisierten Glasermeistern nur 2055 organisierte Gehilfen gegenüberstehen, müßte wohl allen zu denken geben. — Nach der Aussprache wurden Kollege Eisenhut als Fachgruppenobmann, Kollege Burkhardt als Schriftführer einstimmig wiedergewählt. Eisenhut soll uns auch in der Ferienheimgenossenschaft vertreten. — Die Werkstattrundschau ergab ein sehr klägliches Bild. Von 18 organisierten Kollegen sind zur Zeit 14 arbeitslos, davon 2 seit dem 28. Oktober, 6 seit dem 1. November und 6 seit dem 20. November. In den 18 Glasereibetrieben arbeiten zur Zeit 6 Meistersöhne und 22 Lehrlinge. Nach uns zugegangenen Mitteilungen sollen voraussichtlich zu Ostern weitere 13 Lehrlinge eingestellt werden. Wir bedauern schon heute diese jungen Menschen, da nach ihrer Ausbildung für sie jedenfalls kein „goldener Boden" vorhanden sein wird. Unserm alten früheren Reichsfachgruppenobmann wurde der Dank für seine aufopfernde Tätigkeit ausgesprochen und ein ferneres Wohlergehen gewünscht.

Isolierer.

Celle. In der am 26. Dezember stattgefundenen Generalversammlung berichtete Kollege Dittmar von der Reichskonferenz in Hannover. Die dort gegen die Celler Kollegen vorgebrachten Klagen entbehren jeder Begründung. Die Celler Isolierer haben neben der vollen Auslösung auch noch Straßenbahnfahrt bezahlt erhalten. Sie sind sich bewußt, dem Baugewerksbund gegenüber stets ihre volle gewerkschaftliche Pflicht erfüllt zu haben. In Celle ist neben den Helfern auch nicht ein einziger Kollege unorganisiert. Zum Tarif erwähnte Kollege Breßel, daß neben dem Reichstarif noch ein örtlicher bestehe. Nach Aussprache darüber sprach sich die Mehrheit für Akkordarbeit aus. Es wurde eine Kommission zur Festsetzung der Akkordpreise gewählt. Nach Wahl der Schlichtungskommission wurden als Vertrauensleute die Kollegen Hustedt und Dittmar gewählt. Zur Festlegung der Nahzone wurde beschlossen, alle Orte unter Nahzone zu stellen, die in 12 Stunden an einem Tage hin und zurück zu erreichen sind. Nach Besprechung örtlicher Angelegenheiten wurden dann als Vorsitzender Kollege Dittmar, als Stellvertreter Kollege Pickert, als Schriftführer Kollege Becker wiedergewählt.

Dresden. Die „Freie Vereinigung der Dresdner Isolierer" hat sich durch ein Rundschreiben, das von ihrem Vorsitzenden Bruno Hanspach an die ihm bekannten Adressen der Kollegen anderer Orte geschickt wurde, wieder einmal in Erinnerung gebracht. Der Bericht aus Dresden in der Nummer 50 des „Grundstein" hat es diesem Mann angetan. In seinem Rundschreiben, vom 3. Januar datiert, redet er allerhand krauses Zeug zusammen darüber, daß der Vorsitzende unserer Isoliererfachgruppe in Dresden, Kollege Heine, der Freien Vereinigung durch Handschlag versprochen habe, mit in den Streit zu treten für die Beibehaltung des alten Reichstarifvertrages. Als sie dann losgelegt hätten, sei der Baugewerksbund dazu übergegangen, Streikbrecher zu stellen. Das sei in vier Fällen nachgewiesen. Alle Unternehmer in Dresden bis auf drei hätten ihre Forderungen unterschriftlich anerkannt. Auf der Tagesordnung ihrer Generalversammlung für 1927 hätten sie als besonderen Punkt die Frage behandeln wollen: „Wollen wir wieder zum Deutschen Baugewerksbund?" Das habe sich nun infolge des „Verrats" erledigt. Hanspach fühlt sich dann noch bitter gekränkt, daß man von Dresden aus im „Grundstein" schreiben lasse, die Isolierer sollten den brieflichen Verkehr mit ihm unterlassen. Der Mann scheint wirklich der Meinung zu sein, daß durch das Vorgehen der Mitglieder der Freien Vereinigung in Dresden irgend etwas für die Allgemeinheit der Isolierer zu erreichen gewesen sei. Er kann anscheinend nicht über seine Nasenspitze hinwegsehen, mag sich aber das eine sagen lassen: wenn irgendwelche Aussicht bestanden hätte, durch einen Kampf die Lohnreduzierung auf der ganzen Linie erfolgreich abzuwehren, dann hätte es dazu des Vorgehens der Dresdner Freien Vereinigung nicht bedurft. Für uns konnte es sich nicht darum handeln, den früheren Vertrag für eine Stadt wieder zu erlangen, wodurch vielleicht 70 Kollegen Vorteile erlangt hätten, sondern für uns galt es, die Interessen der Kollegen ganz Deutschlands zu wahren. Will die Freie Vereinigung wieder zum Deutschen Baugewerksbund zurück und im Rahmen der Allgemeinheit mitarbeiten, dann sollen uns die Kollegen willkommen sein, aber jeder Quertreiberei in unsern Reihen werden wir zu begegnen wissen!

Halle. Am 27. Dezember hielten wir unsere Generalversammlung ab, in der 28 Kollegen anwesend waren. Unser Vorsitzender Georgius stellte fest, daß nach der Anwesenheitsliste die letzten 8 Versammlungen des Vorjahres im Durchschnitt von 19 Kollegen besucht waren, während durchschnittlich 22 Kollegen unentschuldigt fehlten. Die geringste Besucherzahl betrug 12, die höchste 27. Der schwache Versammlungsbesuch zeugt von großer Interesselosigkeit der Kollegen. Kollege Georgius mahnte zur besseren Mitarbeit in unserer Organisation im neuen Jahre. Nur als eine geschlossene Gruppe können wir unsere Lage bessern und die alten Errungenschaften hochhalten. Kollege Georgius gab darauf einen ausführlichen Bericht von der am 7. Dezember abgehaltenen Bezirksverhandlung in Leipzig. Auch hier mußten die Kollegen einer Verschlechterung zustimmen; trotz heftiger Gegenwehr gibt es bis zu 25 km Entfernung, wo der Isolierer nach Hause fahren kann, keine Sonntagsauslösung mehr. Der Tarif bleibt, soweit es die aufgeflogene Verhandlung ergab, in alter Fassung bestehen. Zur Wahl der Gruppenleitung machte Georgius den Vorschlag, als Obmann einen Kollegen zu wählen, der bei einer hallischen Firma arbeitet, da dieser mehr Fühlung mit den Kollegen hat und dadurch vielleicht besserer Versammlungsbesuch zustande komme. Er wurde zunächst die bisherige Fachgruppenleitung wieder vorgeschlagen. Kollege Kunze beträftigte dagegen den Vorschlag Georgius Als erster Vorsitzender wurde darauf Seidler, als Stellvertreter Brückner und als Schriftführer Wetzer einstimmig gewählt. Eine Sammlung für den alten Kollegen Selle, der fast das ganze Jahr arbeitslos war und wegen seines Alters bei der Vermittlung stets abgelehnt wurde, ergab 39 M, ferner erhielt er von den Kollegen der Firma Brennecke noch besonders 10 M. Die Liste läuft weiter. Kollege Selle dankte allen Kollegen in bewegten Worten. Die Nebenkontrolle des Arbeitsnachweises bleibt in den Händen des Kollegen Georgius. Unsere nächste Versammlung findet am 5. Februar statt.

Mannheim-Ludwigshafen. Unsere Fachgruppe hielt am 2. Januar ihre Generalversammlung ab. Der erste Vorsitzende Kollege Karl Bappert berichtete über seine Tätigkeit im verflossenen Jahre. Dabei streifte er auch die Verhandlungen über den Reichstarif und legte dar, wie nötig für die Isolierer die Organisation ist. Nur durch Macht sei etwas zu erringen. Diese Macht erhalten wir, wenn jeder Isolierer organisiert ist und als Verbandskollege seine Pflichten voll erfüllt. In der Werbearbeit müsse noch vieles geleistet werden, wenn wir unsere Sektion wieder zu der Stärke wie vor dem Krieg ausbauen wollen. Wir müssen dafür wirken, zumal unser Reichs- und Bezirkstarif nur auf ein Jahr abgeschlossen ist. Kollege Bappert gedachte auch der verstorbenen und verunglückten Kollegen; er ermahnte, stets Vorsicht zu üben, damit wir in diesem Jahre nicht wieder solche Unglücksfälle erleben. Der Fachgruppenleiter Kollege Krug erinnerte an das Jahr 1910, wo der Verband der Isolierer mit dem Bauarbeiterverband verschmolzen wurde. Er erwähnte unsere bisherigen Kämpfe um die Lohn- und Arbeitsbedingungen und zeigte an Hand von Tatsachen, wie nötig die Organisation für uns ist. Wir müssen dauernd rüsten, um stets zum Kampf bereit zu sein. Zur Aufklärung wurde an alle Isolierer ein Aufruf verteilt, um die noch Indifferenten für die Organisation zu gewinnen und die Jugend zur Mitarbeit in der Organisation zu veranlassen. Bei der Neuwahl der Sektionsleitung wurde Kollege Karl Bappert als erster, Leonhardt Wolk als zweiter Vorsitzender, Johann Wehner als Schriftführer gewählt. Kollege Hägner sprach noch über den Arbeiterschutz und ermahnte, die Arbeiterschutzbestimmungen nie außer acht zu lassen. Gar schnell sei ein Unglück geschehen, durch Unvorsichtigkeit und Leichtsinn hat schon mancher seine Gesundheit, sogar sein Leben eingebüßt. — Unsere Monatsversammlungen finden regelmäßig an jedem zweiten Sonntag, vormittags 9 Uhr, im Lokal Fischer, Kanalstraße 66, statt. Die nächste Versammlung ist am 13. Februar. Mitgliedsbücher sind stets mitzubringen.

Stukkateure und Putzer.

Differenzen beim Neubau eines Kinos in Jena. Der Firma Carl Bock Söhne war die Ausführung der Stuckarbeiten in einem Kino übertragen worden. Sie versuchte dabei, den Thüringer Landestarif zu umgehen. Da ihr bekannt war, daß die Thüringer Stukkateure Gegner der Akkordarbeit sind, wurde die Arbeit einigen Plauener Stukkateuren übertragen, die dann auch zunächst lustig, ohne sich an das Akkordverbot der Thüringer zu stören, in Akkord arbeiteten. Bei den Tarifverhandlungen in Thüringen war aber auch von den Unternehmern zugestanden worden, daß sie keine Leute von auswärts heranziehen wollten, solange Thüringer arbeitslos seien. Als nun Kollegen aus Weimar um Arbeit nachfragten und abgewiesen wurden, kam der Stein ins Rollen. Eine Verhandlung durch die Baugewerkschaftsleitung in Jena verlief ergebnislos. Der Unternehmer erklärte, er werde die Arbeit nur in Akkord ausführen lassen. Als dann die Plauener Kollegen die Weiterführung der Akkordarbeit verweigerten, sollte nur ein Stundenlohn von 1,40 M gezahlt werden, ohne irgendeine Auslösung. Dabei wurde noch in Aussicht gestellt, daß auch die bereits in Arbeit stehenden Thüringer Stukkateure entlassen und andere überhaupt nicht mehr eingestellt werden sollten. Da war es endlich Zeit, dem Unternehmer zu zeigen, daß die Stukkateure nicht in einer solchen Weise mit sich spielen lassen; von der Zentrale aus wurden die Fachgruppen der Stukkateure aller Baugewerkschaften auf die Handlungsweise der Firma aufmerksam gemacht, die ihr Vorgehen damit begründete, daß sie übergenug Angebote von auswärts habe. Mittlerweile würde die Differenz jedoch beigelegt. Die Firma zahlt 1,60 M Stundenlohn, von Entlassungen ist keine Rede mehr.

Karlsruhe. Die Firma Hermann Allmendinger, die nicht nur in Karlsruhe, sondern auch in andern Gegenden Deutschlands bei den Gipsern und Stukkateuren dafür bekannt ist, sich möglichst um die Auslösung bei auswärtigen Arbeiten zu drücken und gleichzeitig solche Esel sucht und findet, die die Arbeiten in Akkord machen, hat wieder einmal Glück gehabt. In Rössen (Leunawerk) hat die Firma eine große Stuck- und Rabitzarbeit übernommen. Schon im November 1926 hörte man, daß Gipser für diese Arbeit aus dem Karlsruher Gebiet angeworben werden sollten. Tatsächlich ist auch eine Anzahl abgereist, ohne es für notwendig zu finden, der Gruppenleitung oder der Leitung der Baugewerkschaft die Bedingungen mitzuteilen, zu denen sie dort arbeiten sollten. Allmendinger hat diese Kollegen, die zum großen Teil wieder zurückgekehrt sind, gründlich eingeseift. Die ersten Wochen erhielten sie statt der versprochenen 145 ₰ nur 137 ₰ Stundenlohn. Für Logis sollte gesorgt sein; als die Kollegen in Rössen ankamen, mußten sie erleben, daß auch das Flunkerei war. Auslösung gab es überhaupt nicht, Fahrgeld bekamen die Kollegen erst nach langem Verhandeln. Als dann die Kollegen Anfang Dezember in Rössen die Arbeit aufnahmen, mußten sie erkennen, daß sie einigen gewissenlosen Unterakkordanten ins Garn gelaufen waren. Sie sollten, obwohl die Kollegen in Karlsruhe und in Halle — wozu Rössen gehört — den Akkord ablehnen, in Akkord arbeiten. Einzelne dieser Akkordpreise seien hier genannt: Rabitzdecken, Spannen, Putzen, Abfilzen je Quadratmeter 2,35 M, Kanäle im Gesims rabitzen und putzen je Meter 3,35 M, Kehle mit Vorrabitzen, 45 cm Ausladung 2,40 M, Kastengesims 75 bis 80 cm, je Zentimeter 3 ₰, Wandputz mit Glätten je Quadratmeter 55 ₰. Wegen dieser Akkordarbeit, und weil sich die Kollegen nicht mit der Gruppenleitung in Halle in Verbindung gesetzt hatten, wandte sich die Fachgruppe der Stukkateure in Halle mit Recht beschwerdeführend an den Bundesvorstand. Die Beschwerde, vom Reichsfachgruppenleiter nach Karlsruhe gesandt, gab Veranlassung, die Kollegen der Fachgruppe in Karlsruhe zu einer Versammlung einzuberufen. Diese Versammlung fand am 7. Januar statt. Die Karlsruher Gipser verurteilen es auf das schärfste, wenn Kollegen aus ihren Reihen sich dazu hergeben, immer und immer wieder bei Hermann Allmendinger den Rausreißer zu spielen. In dieser Versammlung wurde aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Kollegen wegen der schlechten Arbeitsbedingungen wieder zurückgekehrt sind. Die solcherweise Geprellten werden ein zweites Mal nicht nach Halle fahren. Betont wurde aber auch, daß es sich nicht nur — wie die Halleschen Kollegen meinen — um Karlsruher Kollegen bei der Arbeit in Rössen gehandelt hat, sondern auch um Kollegen aus Württemberg und dem Frankfurter Gebiet. Die aus Frankfurt a. M. kamen sogar mit der bestimmten Absicht, in Akkord zu arbeiten unter Führung des Oberakkordschiebers Bleiner. Die Karlsruher Kollegen wurden erst an der Baustelle in Rössen mit der Zumutung, in Akkord zu arbeiten, überrumpelt. Festgestellt wurde ferner in der Versammlung, daß die bekannten Lieblinge des Herrn Allmendinger, Wilhelm Doelger aus Freudenstadt, Anton Peter aus Durmersheim, Eduard Marquard aus Reichenbach, Anton Koffler aus Durmersheim und Albert Burgstahler aus Linkenheim, als Oberakkordschieber den Kollegen zumuteten, zu den hundsmiserablen Preisen zu arbeiten. Insbesondere ist Doelger ein Mensch, der sich fortwährend damit brüstet, daß er keinen Verband brauche. Doelger vereinbart mit Allmendinger Akkordpreise; den Gipsern zahlt er nur einen Teil des Akkordertrages aus, den Rest verwendet er für sich. Dieser Antreiber hat auch an dem Neubau des Badenwerks in Scheibenhard bei Karlsruhe sein Unwesen getrieben. Dort steckte er 1,50 M Stundenlohn ein; außerdem bekam er für jeden Quadratmeter Putz von seinem Freund Allmendinger noch 5 ₰ extra.

Jedenfalls ist es Aufgabe aller Gipser und Stukkateure, diesen gemeinschädlichen Akkordschiebern endlich das Handwerk zu legen. Die Karlsruher Fachgruppe der Gipser hat den ernsten Willen dazu. Aus einer einmütig angenommenen Entschließung sei folgendes erwähnt: „Die Versammlung richtet an alle Berufskollegen in ganz Deutschland das dringende Ersuchen, auf alle Arbeiten, die Herr Allmendinger übernimmt, ein wachsames Auge zu haben. Ueberall muß nachgeprüft werden, ob Allmendinger die Tariflöhne und die Auslösung bei auswärtigen Arbeiten bezahlt, und ob er die für das Baugewerbe übliche Arbeitszeit innehält. Den Kollegen, die sich zu der Arbeit in den Leunawerken bei Halle haben anwerben lassen, spricht die Versammlung die schärfste Mißbilligung aus, weil sie sich nicht vor der Abreise mit der Verbandsleitung in Karlsruhe in Verbindung gesetzt, und weil sie den Kollegen der Baugewerkschaft Halle insofern in den Rücken gefallen sind, indem sie dort in Akkord gearbeitet haben. Die Berufskollegen in der Baugewerkschaft Halle haben seit Jahren den Akkord abgelehnt; auch in der Fachgruppe der Gipser in Karlsruhe ist es eine Selbstverständlichkeit, daß nicht in Akkord gearbeitet wird. Die Zahlstellen in der Baugewerkschaft Karlsruhe sollen dieser die Namen aller Gipser mitteilen, die in Rössen beschäftigt sind. Beim Bundesvorstand soll dann ein Antrag auf Ausschluß aus unserm Bunde gestellt werden, wenn die Kollegen im Leunawerk noch weiter in Akkord arbeiten."

Töpfer und Fliesenleger.

Hamburg. In der am 29. Dezember abgehaltenen Versammlung der Töpfer wurde berichtet, daß im November von 84 im Nachweis eingeschriebenen Kollegen 48 vermittelt wurden. Im Dezember waren 60 Kollegen im Nachweis eingeschrieben. Wegen der Kündigung des Tarifs durch die Unternehmer gab Kollege A. Müller bekannt, die Meister wollten nur einige „unbillige Härten" daraus entfernen. Auch unsere Kollegen werden bei der vorzunehmenden Tarifrevision ihre Wünsche vorbringen und dabei vor allem die allgemeine Unzulänglichkeit des Tarifs in den Vordergrund stellen. Eine Beschwerde des Obermeisters Krüger wegen der Schleuderkonkurrenz der Firma Grude-Grothe, die den Markt mit minderwertigen kleinen Oefen überschwemmt, soll weiter verfolgt werden. Aufmerksam wurde gemacht auf den Lichtbildervortrag des Herrn Ecker, München, am 4. März in der Universität über „Die Wirtschaftlichkeit der Kachelofenheizung". Allen Kollegen wurde zur Pflicht gemacht, daran teilzunehmen. Zur Lage in unserm Gewerbe wurde bemerkt, daß der unrentable Gasherd immer mehr um sich greift. Wäre dies nicht der Fall, dann hätten alle Kollegen Arbeit. Dabei wurde auch die Konsumgenossenschaft „Produktion" erwähnt. Diese schaltet die Töpferarbeiten systematisch aus, so neuerdings im Häuserblock am Lohhof-Moorende-Hammer Steindamm. Der Architekt Lehne, schon von früher her auf die Töpfer schlecht zu sprechen, läßt überall Gasherde setzen, obwohl deren Befeuerung 60 % teurer zu stehen kommt als Kohlenfeuerung. Doch mögen sich damit später die Mieter abquälen, die Hauptsache scheint zu sein, die Anlagen billiger herzustellen. Eine Entschließung, die sich dagegen richtet, fand einstimmige Annahme. Außerdem soll, um für die Zukunft Abhilfe zu schaffen, wegen dieser Angelegenheit bei der „Produktion" vorgesprochen werden.

*

Tüchtige unverheiratete Former und Freidreher für die Kanalisations- und chemische Abteilung sucht sofort Steinzeugröhren-Fabrik G. m. b. H. Muskau, Lugknitz (O.-L.).

Vom Bau

Magdeburg. (Bautenkontrolle.) Die Bauarbeiterschutzkommission unternahm vom 15. bis 20. November eine Baustellenkontrolle. Die Kontrolle zeigte, daß die Bauarbeiterschutzbestimmungen nur auf dem Papier stehen. Die Zahl der Unfallverletzten steigt, dabei haben wir nicht einmal eine gute Bautätigkeit. Auf einen Antrag an den Magistrat zwecks Anstellung von Bauarbeiterschutz-Kontrolleuren wurde uns unter anderm erwidert, daß „eine Vermehrung der Unfälle, die durch Nichtbefolgung der vorgeschriebenen Arbeiterschutzbestimmungen auf hiesigen Baustellen eingetreten wären, bei der städtischen Polizeiverwaltung nicht bekanntgeworden sei .. Der gerügte trostlose Zustand hat sich hierbei nicht feststellen lassen ... Sollte bei zunehmender Bautätigkeit sich herausstellen, daß die Zahl der Aufsichtsbeamten nicht genügt, um eine wirksame Kontrolle der Schutzbestimmungen durchzuführen, so werden wir der Frage einer lediglich zu diesem Zwecke einzurichtenden Stelle nähertreten. Im übrigen sind wir gern erbötig, Nachlässigkeiten und Mißständen in einzelnen Fällen jederzeit sofort nachzugehen und für Abhilfe Sorge zu tragen." — Diesen Standpunkt hat die Baupolizei schon in der Vorkriegszeit eingenommen und damit viel dazu beigetragen, daß kein wirksamer Bauarbeiterschutz durchgeführt worden ist. Das Tätigkeitsgebiet der Bauaufseher ist aber so unbegrenzt, daß für die Kontrolle der Schutzmaßnahmen nur sehr wenig Zeit übrig bleibt. Magdeburg ist zwar von großen Bauunglücken verschont geblieben; aber die Ueberwachung der Bauten kann nicht nebenamtlich ausgeübt werden. Deshalb fordern wir die Anstellung von Unfallschutzmännern. Die Unfallverhütungsvorschriften sollen ja auch von den technischen Beamten der Berufsgenossenschaft auf ihre Durchführung kontrolliert werden. Das große Gebiet einer Berufsgenossenschaft kann aber nicht von zwei technischen Beamten beherrscht werden; die bisher geübte Kontrolle muß als sehr mangelhaft bezeichnet werden. — Von der Bauarbeiterschutzkommission wurden bei 56 Unternehmern 106 Baustellen kontrolliert. Unter den Bauten waren 54 Privat-, 25 Behörden- und 27 Siedlungsbauten, an denen insgesamt 2658 Bauarbeiter beschäftigt wurden. Auf 12 Baustellen war nicht genügend Rüstzeug vorhanden. In 4 Fällen war der Gerüstbau sehr mangelhaft, an 5 Baustellen waren die Balkenlagen nicht genügend abgedeckt, und Schutzrüstungen fehlten an 16 Baustellen. An einer Baustelle verschalten 4 Zimmerer in 12 m Höhe die Dachluken ohne jede Schutzrüstung! Für Dachdecker war an 6 Baustellen und für Klempner an 9 Baustellen nicht die Schutzrüstung angebracht. Die Beachtung der Unfallschutzbestimmungen scheint im Dachdecker- und im Klempnerberuf ganz besonders im argen zu liegen. Bei 5 Instandsetzungsarbeiten waren Dachdecker ohne jede Schutzrüstung und ohne angeseilt zu sein, an steilen Dächern tätig. An 3 Stellen wurden Klempner angetroffen, die unangeseilt Dachrinnenreparaturen ausführten. Auf 2 Arbeitsstellen waren die Leitergerüste nicht ordnungsgemäß abgeschwertet. Auf 6 Baustellen waren keine Unfallverhütungsvorschriften angebracht. Die Zahl der Unfälle konnte nicht einwandfrei ermittelt werden. Die Baudelegierten müssen in Zukunft jeden Unfall schriftlich festlegen, damit bei Umfragen die leichten, schweren und tödlichen Unfälle gemeldet werden können. Eine Kontrolle durch Berufsgenossenschaftsbeamte wurde in 28 Fällen festgestellt. Die Leitergänge waren in 5 Fällen nicht in Ordnung. Das Schutzdach fehlte an 13 Baustellen. Die Baubude war in 6 Fällen nicht ausreichend. Der Verbandkasten fehlte an 11 Baustellen, und an 5 war die Ausrüstung nicht ausreichend. Heizgelegenheit fehlte in 4 Baubuden. Die Reinigung der Baubuden und Aborte ließ in vielen Fällen ebenfalls zu wünschen übrig. 43 Buden wurden wöchentlich zweimal, und nur 9 täglich gereinigt. An 6 Stellen waren die Aborte nicht in Ordnung. Es fehlte das Dach oder es war undicht. Auf einer großen Baustelle am Bahnumbau in Buckau fehlten das Dach und die Tür, so daß die Nachbarn in den Abort hineinsehen konnten. Die Abortfrage für die Straßenbauarbeiter gibt zu besonders vielen Klagen Anlaß. Das Dichten der Oeffnungen wird ebenfalls nicht mit der nötigen Strenge durchgeführt. Es wurden 8 Baustellen angetroffen, in denen ohne Dichtung der Fenster und Türen Innenarbeiten ausgeführt wurden. — Dies Material beweist, daß die bisherigen Kontrollmaßnahmen nicht ausreichen.

Für die Woche vom 16. bis 22. Januar ist der 3. Bundesbeitrag für 1927 zu zahlen.

Zugleich sei mitgeteilt, um die „Grundstein"-Nummer und den fälligen Wochenbeitrag fortan in gleichen Zahlen zu bringen, daß für die Woche vom 23. bis 29. Januar der 4. Bundesbeitrag zu zahlen ist.

Das Verlangen der Bauarbeiterschaft findet nur in den Verordnungen des Wohlfahrtsministers Verständnis. Erneut werden wir an den Magistrat herantreten müssen mit dem Antrag auf Anstellung von Baukontrolleuren, denen nur die Aufgabe gestellt wird, die Bauarbeiterschutzbestimmungen zu überwachen. Den Bauarbeitern wird, solange eine genügende Ueberwachung fehlt, die Aufgabe zufallen, die notwendige Vorsicht walten zu lassen und Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften den Mitgliedern der Bauarbeiterschutzkommission weiterzumelden. Nur dann werden unsere Proteste Gehör finden. — Die Bauunternehmer sehen den heutigen Zustand mit Sorglosigkeit an. Bei der Aufnahme wurden die Beauftragten der Bauarbeiterschutzkommission gefragt, ob sie einen Ausweis hätten. In einem Falle wurde unsern Beauftragten sogar das Betreten der Baustelle verboten. Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe soll seinen Mitgliedern dies Verbot angeraten haben. Er weiß anscheinend von den Mängeln, die dabei aufgedeckt werden, und beugt vor. Die Bauarbeiterschaft ist bei dem Kampfe um die Durchführung eines gesunden Bauarbeiterschutzes auf sich selbst angewiesen. In der Berufsgenossenschaft ist sie ausgeschaltet, und die Unternehmer glauben, der Profit könnte geschmälert werden. Die Durchführung sozialer Maßnahmen ist eine Hauptaufgabe der Gewerkschaften. In der Frage des Bauarbeiterschutzes werden sie nicht erlahmen, sondern mit verstärkter Kraft die Forderungen solange zu Gehör bringen, bis an den maßgebenden Stellen die Einsicht siegt.

Allgemeine Rundschau

Die Hetze gegen die Bauarbeiterorganisationen. Also ließ sich vor kurzem der „Holzmarkt" aus: „Bauprojekte liegen in ganz ungeheurer Zahl vor; wenn sie alle ausgeführt werden könnten, dann dürfte man hoffen, daß die Arbeitslosenziffer auf Null herabsinkt, und zugleich dürfte man überzeugt sein, daß im Augenblick an hunderten von Stellen oder vielleicht auch überall ein Bauarbeiterstreik schnell aufblüht, und daß die Reichsregierung nichts dagegen unternimmt, weil das Streiken (und Sabotieren der deutschen Wirtschaft) zu den vornehmsten Rechten heutiger Freiheit zählt. Man kennt nur noch die zwei Extreme: wenn Arbeit da ist, wird gestreikt, um durch die Verweigerung der Arbeit höhere Löhne zu erzwingen; sobald sich die Arbeit dadurch verflüchtigt hat, wird über die hohe Arbeitslosenziffer geklagt. Zufriedenheit darf nicht aufkommen, dem Arbeiter wird grundsätzlich, sobald er einen Sperling in der Hand hält, von seinen Führern geraten, den fliegen zu lassen und zu warten, bis ihm die Taube vom Dache gebraten zufliegt. Man braucht sich nur des Sommers von 1925 zu erinnern, dann liegt klar zutage, wer die vorhandene Bautätigkeit sabotiert und die Wirtschaft dadurch zu keiner Ruhe kommen läßt. Wir glauben nicht einmal, daß von der Regierung überhaupt irgendwelche brauchbaren Maßnahmen zu erwarten sind; die Hoffnung verfliegt einem wenn man an die Verwendung der Hauszinssteuerbeträge und an die ganze Kreditpolitik denkt. Wären die Hauszinssteuerbeträge restlos der Neubautätigkeit zugeführt worden, aber wirklich restlos, dann wäre die Wirtschaft niemals auch nur annähernd so auf den Hund gekommen, niemals wäre auch die Arbeitslosigkeit entfernt so groß geworden, wie wir es erleben mußten. Aber wenn das nun anders werden sollte, wenn jede Schwierigkeit überwunden, wenn alles günstig geregelt würde, dann könnte man hundert gegen eins wetten, daß im Augenblick des Einsetzens einer nennenswerten Bautätigkeit die Lohnunruhen kommen und mit ihr die Streiks und Aussperrungen. Diese traurigen Zustände, obendrein in Verbindung mit der Geldnot, lassen eben keine rechte Hoffnung aufkommen auf ein Aufblühen der wirklich dringend nötigen Bautätigkeit, durch die allein der Arbeitslosigkeit wirksam gesteuert werden könnte. Nicht die Reichsregierung und nicht das Unternehmertum, auch nicht einmal die Arbeiterschaft hat den Schlüssel in der Hand, sondern die Gewerkschaftsführer. Diese zerstören alle guten Vorhaben..." Der einzige Lichtblick in dieser Hetzepistel ist die Stellungnahme des „Holzmarkt" zur Hauszinssteuer. Daß im übrigen die Bauarbeiterorganisationen das Bauen im Jahre 1925 einschneidend behindert hätten, ist des Blattes eigene Erfindung. Im Jahre 1925 lag trotz Streik und Aussperrung der Baumarkt danieder, im Jahre 1926, wo fast gar nicht gekämpft wurde, erst recht. Es entspricht der unternehmerlichen Einstellung des „Holzmarkt", alles auf die bösen Arbeiter abzuladen, die Unternehmer, diese Unschuldslämmer, aber ungeschoren zu lassen. Ganz gewiß werden die Bauarbeiter bei guter Baukonjunktur ihre Ansprüche anmelden, und es wird dann an den Bauunternehmern liegen, ihren gerechten Ansprüchen zu willfahren. Dann wird auch der Baumarkt im Jahre 1927 nicht beunruhigt werden. Wir hängen den Erguß des „Holzmarkt" einfach tiefer, und wenn Provinzblätter, wie die der Außenwelt unbekannte „Böhmer-Zeitung" in Soltau, solche Ausführungen wiedergeben und „bemerkenswert" finden, so alteriert uns das nicht. Die Arbeiter aber sollten solche Blätter zum Tempel hinauswerfen.

Nachwuchs im Baugewerbe. Nach den vom Schlesischen Provinzial-Arbeitgeberverband für das Baugewerbe durch Rundschreiben verbreiteten statistischen Feststellungen der Reichsbehörden wurden im Jahre 1925 37 441 Maurer- und Zimmerlehrlinge gezählt, gegenüber 29 940 im Jahre 1913 und 33 258 im Jahre 1924. Die Zahl der Lehrlinge ist also nicht geringer, sondern größer als in der Vorkriegszeit. Ein Beweis mehr dafür, daß das Wort vom Facharbeitermangel eine Phrase ist; für die Unternehmer allerdings eine mit sehr realem Hintergrund.

Steuerabzug für Nachtdienstzulagen. In einem Erlaß vom 14. September 1926 — III e 5400 — hatte der Reichsfinanzminister bestimmt, daß Nachtdienstzulagen als Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 36 Absatz 2 des Einkommensteuergesetzes als steuerfrei anzuerkennen sind, wenn sie den Betrag von 1 *M* für die ganze Nachtschicht nicht übersteigen und wenn solche Zulagen tarifvertraglich vereinbart sind. Es ist dann ein Streit entstanden darüber, welcher Zeitraum als Nachtdienstzeit im Sinne dieses Erlasses zu gelten hat. Das Finanzamt Chemnitz-Ost stellte sich auf den Standpunkt, daß nur die Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr früh als Nachtarbeit zu gelten habe und für jede in diesen Zeitabschnitt fallende Arbeitsstunde nur 12½ ₰ anteilige Nachtdienstzulage von der Besteuerung freibleiben dürfe. Auf Einspruch des Bundesvorstandes des ADGB. hat der Reichsfinanzminister unterm 27. Dezember 1926 in einer Ergänzung seinem eingangs bezeichneten Erlaß folgendes hinzugefügt: „1. Private Dienstaufwandsentschädigungen sind nach § 36 Absatz 2 Nr. 2 EStG. nur dann steuerfrei, wenn sie nach ausdrücklicher Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Bestreitung von Dienstaufwand bestimmt sind. Diese Vereinbarung wird im allgemeinen in Tarifverträgen getroffen sein, sie muß aber nicht notwendig in dem Vertrag selbst enthalten sein; es genügt, wenn in den Verhandlungen, die dem Abschluß des Tarifvertrages vorausgegangen sind, zum Ausdruck gekommen ist, daß die Entschädigung solchen Zwecken dient. Bei vielen Entschädigungen wird man dies schon nach ihrer Bezeichnung annehmen können (zum Beispiel bei Werkzeugzulagen, Kleidergeld). Auch bei Zulagen, die für Nachtarbeit gewährt werden, wird man im allgemeinen ohne nähere Feststellungen annehmen können, daß für ihre Festsetzung der Gedanke bestimmend oder doch mitbestimmend gewesen ist, daß mit der Nachtarbeit Mehraufwendungen für Verpflegung verbunden sind. Es wird sich deshalb im allgemeinen bei Nachtdienstzulagen eine Prüfung darüber erübrigen, ob eine ausdrückliche Vereinbarung über die Zweckbestimmung vorliegt. 2. Als Zeitraum (Nachtschicht), für den Nachtdienstzulagen gewährt werden dürfen, gilt im allgemeinen die Zeit zwischen 10 Uhr abends und 6 Uhr morgens. Wenn jedoch die Arbeitszeit (Nachtschicht) vor 10 Uhr abends beginnt und nach 12 Uhr abends endet, so darf auch die Zeit zwischen 9 und 10 Uhr abends als Nachtzeit gerechnet werden. Wenn die Arbeitszeit vor 4 Uhr morgens beginnt und nach 6 Uhr morgens endet, so darf auch die Zeit zwischen 6 und 7 Uhr morgens als Nachtzeit gerechnet werden. Wenn die Arbeitszeit nur zum Teil in die Zeit zwischen 10 Uhr abends und 6 Uhr morgens beziehungsweise zwischen 9 Uhr abends und 6 Uhr morgens oder zwischen 10 Uhr abends und 7 Uhr morgens fällt, so dürfen, unter der Voraussetzung, daß für sie eine Nachtdienstzulage gewährt wird, von dieser Zulage für jede volle Arbeitsstunde innerhalb dieses Zeitraumes 15 ₰ steuerfrei gelassen werden, jedoch in keinem Falle mehr als 1 *M* für die ganze Nachtschicht. Im Deutschen Buchdruckertarif sind Lohnzulagen für die Zeit von 6 Uhr abends bis 7 Uhr morgens vorgesehen, die von 15 bis zu 45 % des Stundenverdienstes ansteigen. Hier dürfen die Zulagen für die Zeit von 6 bis 9 Uhr abends in keinem Falle, auch nicht teilweise, steuerfrei gelassen werden. Das ist auch sachlich gerechtfertigt, da man diese Zeit nicht als Nachtzeit bezeichnen kann und besondere Aufwendungen für Verpflegung in dieser Zeit regelmäßig nicht entstehen." — Somit gilt als Nachtarbeitszeit die Zeit der Beschäftigung von frühestens 9 Uhr abends bis spätestens 7 Uhr früh.

Tageskursus für Maurer in Stuttgart. Das Landesgewerbeamt beabsichtigt, bei genügender Beteiligung im Februar in Stuttgart einen zweiwöchigen Tageskursus für Maurer zu veranstalten. Der Unterricht umfaßt insbesondere: Kalkulationen von Grab-, Betonier- und Maurerarbeiten, geometrisches und Baurechnen, Baukonstruktionszeichnen, Untersuchung des Baugrundes, Anlegen eines Schnurgerüstes für rechtwinklige und schiefwinklige Bauwerke und Geländeaufnahmen, Baukonstruktionen in Stein, Anlegen von Backsteinverbänden, Pfeiler, Bögen und Gewölbe. Die Arbeiten werden teilweise praktisch gezeigt und vorgeführt. — Zu dem Kursus können nur solche Berufsangehörige zugelassen werden, die die Gesellenprüfung als Maurer abgelegt und eine mehrjährige praktische Tätigkeit in diesem Gewerbe hinter sich haben. Für die Teilnahme an dem Kursus wird ein Unterrichtsgeld von 15 *M* erhoben. Außerdem haben die

Teilnehmer ein Heft sowie ein Reißbrett und Zeichenmaterial mitzubringen. Anmeldungen zu dem Kursus sind unter Angaben von Namen, Beruf, Berufsstellung (ob selbständig oder Gehilfe), Alter, Wohnort und Wohnung der Angemeldeten, der Dauer ihrer gewerblichen Tätigkeit und der im Handwerk abgelegten Prüfungen bis spätestens 30. Januar 1927 beim Sekretariat des Landesgewerbeamtes in Stuttgart, Kanzleistraße 19, einzureichen. Dort sind auch Anmeldevordrucke erhältlich.

Submissionsblüten. In Reutlingen sollen an die Stelle von Holzbaracken 12 Behelfsbauten errichtet werden. Dazu wurden für die Zimmerarbeiten zum Abbruch der alten Baracken und für die Errichtung der Notwohnungen Offerten gemacht, die Differenzen von mehr als 100 % aufweisen. Grouner, Reutlingen, forderte 2426 *M*; K. Zwerenz, Reutlingen, 1636 *M*; die Bauhütte, Reutlingen, 1589 *M*; Sauer, Reutlingen, 1562 *M*; Märkle, Betzingen, 1336 *M*; H. Zwerenz, Reutlingen, 1201 *M*; Fauser & Reinhardt, Reutlingen, 1134 *M* und Nedele, Betzingen, 1102 *M*. Die Arbeit wurde in drei Losen vergeben. Zuschläge erhielten die drei Mindestfordernden. Für die Ausschachtungs-, Beton- und Maurerarbeiten forderte Böß 2955 *M*, Heß 2816 *M*, die Bauhütte 2785 *M*, Weis 2729 *M*, Zeeb 2689 *M*, sämtliche Firmen in Reutlingen. Auch dieser Auftrag wurde in 3 Lose geteilt und den drei Billigsten zugeschlagen.

Ein Fremdenheim für wandernde Gewerkschafter in Leipzig. Die Verwaltung des Leipziger Volkshauses hat nunmehr den schon lange gehegten Wünschen unserer reisenden Gewerkschafts- und Jugendgenossen Rechnung getragen, indem sie die schon vor dem Kriege bestehende Herberge, Braustraße 17 (in allernächster Nähe des Volkshauses), vollständig neu und mit allen hygienischen Einrichtungen eines modernen Fremdenheimes herrichten ließ. Das Fremdenheim ist am 17. Januar eröffnet worden.

Bücher und Schriften

Soziale Bauwirtschaft. In dem leitenden Aufsatz der Nummer 1 „Zur Jahreswende" wird scharf die Notwendigkeit der Nationalisierung der Wirtschaft hervorgehoben, die aber nicht auf Kosten der arbeitenden Volksgenossen zugunsten einiger tausend Industrieller und Kapitalisten, sondern ausschließlich unter dem Gesichtspunkt größtmöglichster Steigerung des Arbeitsertrages und der Lebenshaltung der breiten Massen geschehen müsse, um mit der zunehmenden Kaufkraft die Nachfrage nach den Erzeugnissen und damit die gesamte Erzeugung steigern zu können. Das gleiche Thema behandelt vom Standpunkt des Betriebes aus ein Aufsatz des Ingenieurs Otto Rode: „Mißerfolg ist Schuld." In einem dritten Aufsatz behandelt Dr. B. Martell „Die Hypothek in Recht und Praxis". Kritisch beleuchtet wird weiter der gerichtlich abgewiesene Versuch der Dresdner Steinsetzerzwangsinnung, Steinarbeiter zwei Jahre lang von der Arbeit bei den Innungsmeistern auszuschließen, weil sie bei der Bauhütte vorübergehend in Arbeit getreten waren. Erwähnenswert ist die an einem Beispiel gezeigte vorbildliche Lehrlingsausbildung durch die sozialen Baubetriebe, die bei der Bauhütte Leipzig zu einer behördlichen Auszeichnung der Leistungen eines Lehrlings führte. Berichte über die Tätigkeit der Bauhütten im Bezirk Berlin folgen. Einige Abbildungen von Bauten, die die Bauhütte Frankfurt a. d. O. ausgeführt hat, unterstützen die Schilderungen. Der Bezugspreis beträgt für Gewerkschaftsmitglieder bei Lieferung von 2 Heften monatlich 50 ₰.

Das Arbeitsgerichtsgesetz. Der vollständige Wortlaut des Gesetzes mit ausführlichen Erläuterungen von S. Aufhäuser und Cl. Nörpel wird Anfang Februar 1927 im Verlage des ADGB., Berlin S. 14, erscheinen. Der Ladenpreis wird 7 bis 8 *M*, der Mitgliederpreis in Zeinen gebunden etwa 4,50 bis 5 *M* sein. Diese Ausgabe des Gesetzes wird in den nächsten Monaten zum täglichen Handwerkszeug jedes Gewerkschaftsfunktionärs gehören müssen. Aufhäuser hat als Mitglied des Reichstages die Entstehung des Gesetzes aus nächster Nähe verfolgen können und ist wohl wie kaum ein anderer Gewerkschafter geeignet, den Kommentar zu diesem Gesetz zu schreiben. Nörpel, einer der besten Kenner des Arbeitsrechts, wird diese Ausgabe für die Hand der im Arbeitsverhältnis Stehenden besonders brauchbar gestalten. Bestellungen durch die Verwaltungsstellen der Organisationen, durch die Ortsausschüsse des ADGB. und des AfA-Bundes oder direkt beim Verlag.

Wie ermäßigt man die Lohnsteuer? Von Paul Hertz und Erich Rinner. Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin S. 14, Inselstraße 6. Organisationspreis 65 ₰, von 10 Exemplaren ab 60 ₰, von 100 Exemplaren ab 50 ₰. (Organisationspreise kommen nur zur Anwendung bei Bezug durch die Ortsausschüsse des ADGB. und des AfA-Bundes, durch die Verwaltungsstellen der Organisationen oder direkt durch den Verlag.) Ladenpreis 1 *M*. Bis zum 31. März 1927 müssen die Anträge auf Rückerstattung der Lohnsteuer eingereicht sein. Im Jahre 1926 wurden vier Millionen Anträge gestellt und 60 Millionen Mark Lohnsteuerbeiträge zurückvergütet. Die Anzahl der Anträge kann bei der großen Arbeitslosigkeit im Jahre 1926 auf das Doppelte, die Rückzahlung auf das Dreifache des Vorjahres gesteigert werden, wenn die notwendige Aufklärungsarbeit geleistet wird. Diese Aufklärungsarbeit will die Broschüre unterstützen und sie sollte schon in Anbetracht ihres billigen Preises von den Verwaltungsstellen der Organisationen allen denen zugänglich gemacht werden, die Anträge zu stellen oder Antragsteller zu beraten haben. 180 Millionen Mark sind der Arbeiterschaft auf diese Art wieder zuzuführen. Sollte das nicht Ansporn sein, an der Aufklärungsarbeit mitzuwirken?

Bodennutzrecht und neues Recht. Von Dr. Fischer. 1. Teil der Sammlung: Vom deutschen Boden und Wohnen, ein Grundriß des Boden-, Bau- und Wohnungswesens. Verlag Aus- und Fortbildung, Dresden, Taschenberg 3, 2. Et. Preis broschiert 2,40 *M*. Der Verfasser begnügt sich nicht mit theoretischen Ausführungen über Bodenrecht und Mehrwert, sondern begründet auf dieser Basis die Forderungen eines neuen Bodenrechtes. Er stellt dem heutigen Bodeneigentumsrecht das Bodenbesitzrecht gegenüber, das schon grundsätzlich in dem Artikel 155 unserer Reichsverfassung verankert wurde. Fischer fordert mit einer Kreditgewährung die Schaffung von Wirtschaftsheimstätten oder wirtschaftlichen gemeinnützigen Produktivgenossenschaften und Wohnheimstätten. Der Staat müsse unbeschränktes Hoheitsrecht über den Boden haben, damit er dem, der mehr Boden hat, als er selbst bewirtschaften oder bewohnen kann, vom Ueberfluß nimmt, um ihn dem zu geben, der ihn braucht. Nur ein freies Volk auf freiem Boden wird wirtschaftlichen Aufstieg erleben.

Ferien- und Studienreisen für Arbeiter, Angestellte und Beamte. Unter diesem Titel ist der gut ausgestattete, mit reichem Bilderschmuck versehene Reiseprospekt des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit für das Jahr 1927 erschienen. Der Prospekt enthält eine ausführliche Beschreibung der Reisen und vor allem auch die näheren Teilnehmerbedingungen. Ebenso sind die Kosten für die Reisen angegeben. Das Reiseprogramm ist sehr vielseitig. Die Kosten sind so gering wie möglich berechnet. Es ist bei der Auswahl der Reisen auch die geringe Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft in Betracht gezogen worden. Die Reisekosten können in bequemen Monatsraten gezahlt werden, so daß das Aufbringen sehr erleichtert wird. Die Reisen führen an die Riviera, nach Brüssel-Paris, an die Südschweizer Seen, nach Kopenhagen, nach Oberbayern-Nordtirol, nach Wien-Kärnten, nach London, an den Rhein und nach Hamburg-Helgoland. Der Prospekt kostet 35 ₰ und ist durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, zu beziehen.

Deutsches Wandern 1927. Wandkalender. Herausgegeben vom Verband für deutsche Jugendherbergen. Wilhelm Limpert-Verlag, Dresden-Altst. 1. Der Wandkalender hat hohen künstlerischen Wert. Auf jeder Abreißseite befindet sich eine Aufnahme schönster deutscher Landschaften. Auch sehen wir gemütliche Stadttürme, stolze Schlösser, Häuschen auf stiller Haide, alte Klöster, berühmte Kirchen. So ist der Abreißkalender ein stets wechselnder Zimmerschmuck, der, weit entfernt vom herkömmlichen Kitsch, nur Gutes und Gediegenes bietet. Die Anschaffung kann nur empfohlen werden. Der Preis beträgt 2 *M*.

Geschäftskalender für 1927. Der uns vorliegende Geschäftskalender des Verlages M. Dittert & Co., Dresden-A. 1, Marstraße 2/4, eignet sich wegen seiner Handlichkeit und praktischen Einrichtung auch für unsere Baugewerkschaftsverwaltungen als Tagebuch für laufende Tagesgeschäfte und als Terminkalender. Er enthält außerdem die Adressen der Reichs- und Landesbehörden, ein Verzeichnis der Gerichte und eine Hinweise auf verschiedene Steuergesetze. Der Preis beträgt außer Porto 1,20 *M*.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Ausgeschlossen ist auf Grund § 16 der Bundessatzung vom Bundesvorstand aus der Baugewerkschaft Grünberg i. Schl. Otto Reimann, Hilfsarbeiter, geb. 2. 4. 08 in Grünberg (707 658).

Nachtrag für die Quittung vom 21. bis 27. Dezember im „Grundstein" Nr. 2: Barmen 6000 *M*.

Vom 4. bis 10. Januar 1927 haben folgende Baugewerksfachten Gelder an die Hauptkasse gesandt: Aschaffenburg 400 *M*, Annaberg 47, Altenburg 20, Ahrensbök 250, Berchtesgaden 200, Brüel 188,22, Brüssow 68,10, Buer 600, Barmstedt 473,85, Brandis 197,05, Bonn 700, Braunschweig 4500, Bergen 261,55, Barth 196,15, Burg a. F. 265, Burg i. D. 180,25, Bielefeld 3000, Cribitz 109,51, Cottbus 400, Köthen 266,30, Delitzsch 336,45, Deggendorf 164,25, Dargun 132,25, Dömitz 21,95, Eckernförde 747,25, Eschershausen 221,75, Erding 53,35, Elmshorn 350, Eisenach 1000, Eberswalde 400, Freienwalde a. d. O. 307,10, Froßburg 273,05, Finsterwalde 26,85, Feldberg 134, Fallersleben 98,30, Freiburg i. Schles. 1384,50, Freising 133,95, Fürstenfeldbruck 15, Frankfurt a. M. 3500, Goltzen 20,95, Guben 700, Güstrow 290,45, Görlitz 1400, Greifenberg i. P. 20,20, Grabow 18,40, Gadebusch 144,05, Gnoien 120, Grimma 311,40, Greifenhagen 107,60, Goslar 1000, Gießen 1600, Großbeeren 462,90, Glückstadt 413,75, Göhnitz 300, Gotha 500, Garz a. R. 183,05, Heiligenhafen 207, Hameln 2770, Herford 1500, Ingolstadt 210, Jüterbog 514,38, Jarmen 80,75, Kolzig 193,20, Königswusterhausen 1300, Konstanz 1000, Kreuzburg 150, Kahla 118,50, Kosterlausnitz 428,28, Köslin 1154,25, Kröpelin 62,55, Lauenburg in Pommern 560, Lucka 300, Lauenburg a. d. E. 178, Laage 69,35, Lychen 406,87, Limburg 700, Lotz 61,70, Minden 2300, Michendorf 809,30, Meldorf 195,55, Meiningen 750, Mörs 500, Memmingen 30,50, Muskau 200, Müncheberg 48,75, Neubukow 276,52, Nauen 974,48, Nipperwiese 43,50, Neuburg 21,40, Osterode a. H. 1442,15, Oschersleben 200, Osterburg 188,48, Oldenburg i. Holst. 37,77, Obhausen 171,08, Parchim 466, Priebus 79,90, Penig 175,75, Plau 122,62, Prenzlau 437,73, Querfurt 400,92, Rügenwalde 220, Rethem 82,85, Rothenburg o. d. L. 143. Roßla 40,40, Rottach 9,93, Rudolstadt 37,90, Strausberg 10, Schwaan 200, Salzwedel 278,55, Sondershausen 83,95, Schlawe 89,20, Schleswig 500, Thale 400, Triebes 37,70, Teepe 400, Tessin 27,10, Tilsit 500, Trachenberg i. Schl. 300, Ueckermünde 306,35, Varel 726,85, Velten 500, Woldegk 160,64, Werben 24,52, Weiden 2, Wesselburen 249 15, Wittstock 75,23 Wintzingerode 306,40, Wilster 83,40, Wesenberg 99,55, Wyck a. F. 196,45, Zeitz 2503,76, Zehdenick 591,95.

Kalender: Bockwitz 5 *M*, Brandis 7,50, Barmstedt 12,50, Baldenburg 6, Eschershausen 5, Gardelegen 12,50, Glückstadt 40, Göhnitz 25, Königswusterhausen 10, Klosterlausnitz 10, Kolzig 5, Lauenburg i. P. 25, Lützenjburg 6, Meißen 25, Muskau 15, Nauen 20, Osterburg 5, Obhausen 7,50, Sondershausen 7,50, Schlawe 10, Schleswig 50, Werben 2, Wittenberge 67,50, Wilster 20, Zehdenick 10.

Protokolle: Hagen 15 *M*, Nauen 2,50.

Futterale: Berlin 40 *M*, Göhnitz 2, Wittenberge 10, Wilster 4, M.-Gladbach 10.

Markenmappen: Klosterlausnitz 6,25 *M*.

Verschiedene Schriften: Altenburg —,70 *M*, Bockwitz 1,40, Cöthen 6, Frankfurt a. M. 50, Glückstadt 2, Hagen 3,70, Hildesheim 2, Königswusterhausen 6,80, Köslin 4,50, Lychen 1, Michendorf 1, Minden 6, Muskau 4, Nauen 10, Wittenberge 12, Weimar 2, Wilster 4,10, Zehdenick 1.

Bundesnadeln: Bockwitz 5 *M*, Brandis 10, Gnoien 1,50, Göhnitz 2,50, Königswusterhausen 5, Lauenburg a. d. E. 2,50, Nauen 12,50 Wittenberge 10.

„Grundstein"-Einbände: Guben 6 *M*.

Der Bundesvorstand.

Gedenktafel verstorbener Mitglieder.

Danzig. **Johann Klebowski**, Hilfsarb., 48 Jahre alt.
Dresden. **Paul Jentsch**, Hilfsarbeiter, 66 Jahre alt.
Moritz Lehmann, Maurer, 55 Jahre alt.
Frankfurt a. M. **Ehrich Kern**, Vorarbeiter, 50 Jahre.
(Bilbel.) **Karl Ludw. Hinderland**, Hilfsarb., 46 Jahre.
Hamburg. **Joh. Vick**, Plattenansetzer, 67 Jahre alt.
(Wandsbek.) **Heinr. Kerutt**, Maurer, 41 Jahre alt.
Hildesheim. **Theodor Bettels**, Hilfsarb., 47 Jahre alt.
(Wehrstedt.) **Aug. Grebe**, Maurer, 66 Jahre alt.
Magdeburg. **Adolf Hintze**, Maurer, 64 Jahre alt.
Mainz. **Heinrich Mumm**, Maurer, 56 Jahre alt.
Mannheim. (Käferthal.) **Chr. Annameier**, Maurer, 61 J.
München. (Pasing.) **Joh. Krug**, Maurer, 43 Jahre alt.
(Sendling.) **Josef Trax**, Maurerpolier, 72 Jahre alt.
Naugard. **Herm. Schalow**, Maurer, 46 Jahre alt.
Nürnberg. **Georg Martin**, Maurer, 24 Jahre alt.
(Erlangen.) **Seb. Wellein**, Maurer, 43 Jahre alt.
Röbel. **Joh. Tann**, Maurer, 51 Jahre alt.
Teterow. **Heinrich Ode**, Maurer, 80 Jahre alt.
Carl Santleben, Maurer, 76 Jahre alt.
Utzburg. **Karl Bengsen**, Maurer, 38 Jahre alt.
Wittenberg. (Gorsdorf.) **Ernst Lorenz**, Maurer, 52 J.
Würzburg. **Anton Rügemer**, Erdarb., 41 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Gemeinn. Bauarbeitergenossenschaft „Selbsthilfe", E. G. m. b. H. Kaiserslautern. Einladung zu der am Sonntag, 13. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Nebenzimmer des Gewerkschaftshauses stattfindenden Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über das Geschäftsjahr 1926. 2. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrates. 3. Liquidation. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates. **Karl Jörg.**

Baugew. Gelenau. Sonntag den 23. Januar, nachmittags 2 Uhr, Generalversammlung im **Gasthof Venusberg.** Geschäfts- und Kassenbericht; Neuwahlen; Bericht über die Lohnverhandlungen. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet!

OPEL Größte Produktion der Welt! FAHRRÄDER

5 Tage zur Probe
mit bedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen, liefere ich solv. Reflektanten meinen erstklassigen, auch die verwöhntesten Ansprüche befriedigenden großen, echten Eichen-Trichter-Apparat „1500". Die Lieferung erfolgt nebst 6 Stücken auf doppels. Künstlerplatten nach ihrer Wahl z. Listenpreise gegen Zahl. von nur 2.- Gm. pro Woche bei angemess. Anzahl.
Musik gehört in jedes Haus!
Verlangen Sie sofort kostenlos ill. Preisl. P auch über andere preiswerte Hauben- und haubenlose, Trichter- und trichterlose Apparate.
Walter H. Gurtz, Berlin S42 Postfach 646 P., Alexandrinenstr. 97
In Berlin erbitte Besuch meiner Ausstellungsräume von 8bis7 Uhr.

Billige böhm. Bettfedern
Ein Kilo graue geschlissene 3 *M*., halbweiß 4 *M*., weiße 5 *M*., bessere 6 *M*., 7 *M*., daunenweich 8 *M*., 10 *M*., beste Sorte 12 *M*., 14 *M*., weiße ungeschlissen beste Sorte 11 *M*. Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet. Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 9 bei Pilsen, Böhmen.

Louis Mosberg, Bielefeld
gegründet 1868
Ia Isländer
Verlangen Sie Preise wenn am Platze nicht vertreten.
Versand ab Bielefeld.
Preisliste gratis

Bettfedern aus erster Hand
Pfd. grau 60 ₰, geschl. 90 ₰, Rupf 1,75, Halbdaune 2,75, 4,00, weiß Flaumrupf 4,00, beste 5,00, Daune 7,00, weiß 8,00—10,00, Schleißdaune 3,50—5,00, Oberbett Ia dicht. Inlett 8 Pfd. 12,00, 18,00, Kissen 3 Pfd. 3,50, 5,50 aufw. gegen Nachn. Must.-Preisl. fr., k. Risiko. Nichtp. zurück. Böhm. Bettfed.-Spezialh. Sachsel & Stadler, Berlin C 82, Landsbergerstr. 43.

Musikinstrumente
Harmonika-, Sprechapp.-Fabrikation. Niedrigste Preise. Schallplatten ab 2,50
Ernst Heß Nachf., gegründet 1872, Klingenthal, Sa. 921. Gros. Katalog grat.

Isländer 13 Mark, 3 ℔ schwer 14,50 Mark, 3 Draht Lederhos. m. 12er Schuß u. Ledertaschen 13 Mark send. fr. Haus Spezialf. I. Berufsskl. Emil Hohlfeldt, Dresd. 6, Ritterstr. 2.

Vollfett-Käse
9-Pfd.-Laib *M* 8,20 franko direkt von Dampfkäsefabrik Klünder & Co., Nortorf 39.

Billigste u. reellste Bezugsquelle in neuen Gänsefedern
w. v. d. Gans gerupft mit vollen Daunen Pfd. 2,50, bess. 3,00, dies. dopp. ger. 3,50, kl. Fed. Halbdaunen 5 00, sehr zarte 6,00, ¾ Daunen 6,50, ger. geriss. Fed. m. Daunen 4,00 u. 5,00, hochpr. 5,75, allerf. 7,50, Ia Volldaunen, 9,00 u. 10,50. F. reell. staubfr. Ware Gar. Nehm. nichtgew. a. m. Kost. zur. Vers. g. Nachn. Rudolf Gielisch, Gänsemastanstalt, Neu-Trebbin 4, Oderbr.

Kugelkäse
rot, kern. 2. So., 2 Kgl. 10 ℔ *M* 5.—, 200 feinst. Harz. *M* 4,40 Nachn. Fa. Seibold, Nortorf Nr. 121/124 (Holstein)

Gar. rein. Bienen-Blüten-Honig (Schleuder) ia. Qual. 10 ℔-Dose *M* 10,— fr. 5 ℔-Dose „ 5,50 „ Propagandapäckchen *M* 1,70 fr. Nachnahme 30 Pfg. mehr. Gar. Zurückn. Lehrer I. R. Fischer, Oberneuland 353 bei Bremen.

Feinstes Tafel-Pflaumenmus
gar. rein, m. Zuck. eingek. 10 ℔-Eim., Postk., 3,75 *M*, 25 ℔-Eimer, Bahnk., 8,50 *M*, Fässer mit 50—140 ℔ à ℔ 34 ₰, ff. Preiselbeeren mit Zucker. 10 ℔-Eim. 6 *M*, ff Rübensaft, beste Qual., 10 ℔-Dose 2,75 *M*. Preise ab hier gegen Nachnahme. Heinr. Eckstein, Konservenfabrik, Magdeburg-N. 205.

Das Bauwerk
(F)
Fachzeitschrift des Deutschen Baugewerksbundes. Bezugspreis für Mitglieder vierteljährlich 1,50 M., jährl. 6 M.

Verlag: Deutscher Baugewerksbund (Fritz Paeplow). Verantwortlicher Schriftleiter: Arthur Schmit. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.